



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 12

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 12

vom 01.04.2014

dell'01/04/2014

Präsident
Vizepräsident

Dr. Thomas Widmann
Dr. Roberto Bizzo

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 12

vom 01.04.2014

Inhaltsverzeichnis

Landesgesetzentwurf Nr. 5/14: "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für das Finanzjahr 2014 und für den Dreijahreszeitraum 2014-2016 (Finanzgesetz 2014)" und

Landesgesetzentwurf Nr. 6/14: "Haushaltsvorschlag der Autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 2014 und Dreijahreshaushalt 2014-2016" – (Fortsetzung). Seite 1

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 12

dell'01/04/2014

Indice

Disegno di legge provinciale n. 5/14: "Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l'anno finanziario 2014 e per il triennio 2014-2016 (Legge finanziaria 2014)" e

Disegno di legge provinciale n. 6/14: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2014 e per il triennio 2014-2016" – (continuazione). pag. 1

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann

Ore 14.33 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach der genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Für die heutige Sitzung hat sich die Abgeordnete Mair (Nachm.) entschuldigt.

Im Sinne von Artikel 20 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages teile ich Ihnen mit, dass laut schriftlicher Mitteilung vom 25.3.2014 des Abgeordneten Pöder, einziges Mitglied und damit Vorsitzender der Fraktion "BürgerUnion - Ladins Dolomites - Wir Südtiroler", die genannte Fraktion ab dem Datum des Eingangs der erwähnten Mitteilung die Bezeichnung "BürgerUnion – Südtirol - Ladinien" trägt.

Wir fahren mit der Behandlung der Tagesordnungspunkte fort.

Punkt 3 der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 5/14: "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für das Finanzjahr 2014 und für den Dreijahreszeitraum 2014-2016 (Finanzgesetz 2014)" – (Fortsetzung).

Punto 3) all'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n. 5/14: "Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l'anno finanziario 2014 e per il triennio 2014-2016 (Legge finanziaria 2014)" – (continuazione).

Punkt 4 der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 6/14: "Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 2014 und Dreijahreshaushalt 2014-2016" – (Fortsetzung).

Punto 4) all'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n. 6/14: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2014 e per il triennio 2014-2016" – (continuazione).

Ich erinnere daran, dass am 28. März die Berichte der gemeinsam in Behandlung stehenden Gesetzentwürfe verlesen wurden.

Somit ist die Generaldebatte eröffnet. Ich möchte darauf hinweisen, dass jedem Abgeordneten eine Redezeit von maximal 60 Minuten zusteht.

Das Wort hat die Abgeordnete Klotz, bitte.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Landeshauptmann! Nach dem Durchlesen und der Prüfung dieser Begleittexte darf ich Ihnen zuerkennen, dass Sie tatsächlich einen neuen Stil, zumindest was diese Haushaltsgesetzgebung angeht, einführen. Dass sie versuchen, alles auf eine breitere Ebene zu stellen, dass sie die verschiedenen Sozialpartner dazu einladen und dass Sie versuchen, im Vorfeld zu prüfen, inwiefern Ihre Maßnahmen, Ihre Vorstellungen auch Zustimmung finden, finde ich wirklich positiv. Insofern ist dies wohltuend und auch, dass Sie sich zurückgehalten haben bzw. dass sie darauf geachtet haben, dass keine haushaltsfremden Maßnahmen in den Haushalt gepackt werden. Das ist für mich schon einmal ein wesentlicher, ein wichtiger Schritt, denn ich bin hier nunmehr die Dienstälteste.

Was sich manchmal in den letzten Legislaturen abgespielt hat, hat, sagen wir einmal, den Verdacht auf Hinterhältigkeit nicht immer abgeschwächt, aber in diesem Moment muss ich Ihnen wirklich zuerkennen, dass dies bereits im Vorfeld eine ordentliche Arbeit ist, auch gerade hinsichtlich des zunehmenden Rufes nach direkter Demokratie, nach Vorab-Konsensherstellung, dass es eine sehr, sehr wichtige Neuerung ist. Ich wünsche uns allen,

dass es so bleiben möge, dass Sie nicht auf diejenigen hören, die Ihnen sagen: Sei klug, pack das noch hinein, das bringen wir nicht in die Gesetzgebungskommission, denn das dauert nur und das gibt nur Diskussionen. Wenn Sie mit dieser Offenheit, sagen wir, mit dieser Transparenz weiterfahren, dann bin ich überzeugt, dass sich auch das Verhalten und der Stil der Abgeordneten ändern werden. Wenn man nicht von vornherein immer wieder im Hinterkopf hat, was dort für ein Trick begraben ist, was dahinterstecken wird, dann läuft das Ganze sicher offener, transparenter und auch viel, viel einfacher. Im Gesetzgebungsausschuss hat sich dies auch bereits niedergeschlagen. Wenn es insgesamt nur drei Stimmenthaltungen von Seiten von drei Oppositionskräften, die zu viert im Haushaltsausschuss vertreten sind, gegeben hat, dann spricht das eigentlich auch dafür, dass im Haushalt Maßnahmen enthalten sind, die mit dem Haushalt geregelt gehören, und es um die wirtschaftliche Ausrichtung, wirtschaftliche Dotierung für die verbleibenden Monate dieses Jahres geht, denn im Dezember wird dann der nächste Haushalt anstehen.

Was ich mir von Ihnen wünsche, wäre die gleiche Ausrichtung auch auf hoher politischer Ebene, nämlich von vornherein kein Thema politisch auslassen, das heißt also, den Ruf nach Erneuerung auf höchster politischer Ebene ernst zu nehmen. Sie sehen ja, wie vieles in Umbruch ist. Ich stehe in unmittelbarem Eindruck dessen, was am Sonntag in Brüssel abgelaufen ist. Die 25.000 Kundgebungsteilnehmer haben friedlich, farbenfroh und völkerbunt dafür demonstriert, dass endlich auch das Europäische Parlament tätig wird im Sinne dessen, was derzeit in Europa an Umwälzungen passiert, weil ganz klar Veränderungen in Europa anstehen. Diese Veränderungen wird man auf Dauer nicht unterdrücken können. Der Ruf nach Umbau im Sinne der Mitentscheidung der Betroffenen ist nicht mehr zu leugnen, ist nicht mehr aufzuhalten.

Ich würde mir von Ihnen wünschen, dass Sie ähnlich wie in Venetien, aber auch nördlich der Alpen, da Sie ja die Regierungsmehrheit darstellen und die Regierungsmehrheit überall vertreten können, nicht nur in Rom, sondern auch in Brüssel, Schritte einleiten, mit denen Sie klar machen, dass Sie sich auch dem in Südtirol stärker werdenden Ruf nach Mitbestimmung nicht versperren werden, nicht nur was das anbelangt, ob wir, wie ich immer sage, grüne, blaue oder rote Bleistifte verwenden, sondern was die Zukunft unseres Landes generell anbelangt. Auch diesbezüglich ist einiges in Bewegung, auch wenn es vielleicht in Südtirol etwas träger zum Ausdruck kommt.

Ich muss ehrlich sagen, dass die Katalanen in Brüssel, die einen ebenso weiten Weg dorthin hatten wie die Südtiroler, die sich finanziell sicher auch nicht viel leichter tun als die Südtiroler, massiv anwesend waren, und der Ausdruck, das Selbstbewusstsein, diese Selbstsicherheit, einen Willen zu haben, einen Wunsch, eine Vision zu haben, zu wissen, wie die Zukunft nicht sein soll, aber wie sie sein kann, waren unglaublich beeindruckend. Kollege Zimmerhofer und ich waren dort - Sven Knoll ist infolge seiner Beeinträchtigung, das heißt seiner gesundheitlichen Probleme momentan nicht ganz einsatzfähig -, und das ist eine Botschaft aus ganz Europa.

Deshalb darf ich Sie bitten und anregen, diese Entwicklung nicht zu vergessen und genau hinzuschauen, denn Sie, Herr Landeshauptmann Kompatscher, könnten damit Geschichte machen. Wir wissen, dass Durnwalder nicht mehr wollte, aber Sie könnten damit einen ganz entscheidenden Schritt in diese Richtung tun. Es ist in keiner Weise ein Diktat, das ist es ja auch nicht, aber Sie sollten sich einfach von dieser Kraft in Europa inspirieren lassen, die Veränderungen herbeiführen wird. Momentan sind es noch nicht die großen trägen Mehrheiten der großen Mehrheitsparteien, aber diese werden sich dem nicht entziehen können, denn wie wir in Katalonien gesehen haben, hat es dort im Herbst des Jahres 2012 die letzte Wahl gegeben. Diese Wahl hat eine absolute Mehrheit für die Unabhängigkeit Kataloniens gebracht und die Grünen, Kollegin Foppa, sind zwar nicht für die Unabhängigkeit Kataloniens, aber unterstützen massiv die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes im Parlament. Alle Initiativen, die darauf hinauslaufen, dass das Volk abstimmen soll, werden mitgetragen. Deshalb gibt es diese große absolute Mehrheit und die Katalanen sagen, dass sie, auch wenn Spanien es nicht anerkennen will, am 9. November 2014 darüber abstimmen werden. Spanien sagt, dass es diese Abstimmung nicht anerkennen werde, weil sie in der spanischen Verfassung nicht vorgesehen sei. Auch Italien wird bezüglich Venetien sagen, dass es in der italienischen Verfassung nicht vorgesehen ist. Das ist auf lange Sicht lächerlich, denn eine demokratische Verfassung – und das sagen weltweit anerkannte Völkerrechtsexperten – kann nicht auf Dauer einen Völkerkerker bedeuten. Eine demokratische Verfassung muss zumindest Verhandlungen über den Wunsch einer Mehrheit eines Volkes innerhalb eines Staates führen, zu dem ein Volk nicht mehr gehören will und von dem es sich trennen will.

So wie sich sehr fortschrittlich, Frau Kollegin Foppa, die Möglichkeit der Ehescheidung auch im Staat Italien nach langen Schwierigkeiten durchgesetzt hat, so sollte es auch im Politischen sein. Wir haben nie eine Ehe geschlossen, denn wir sind ja nie gefragt worden. Wir sind in eine Zwangsehe sozusagen hineinverwandelt worden, nicht einmal verheiratet, von der sich immer mehr lösen möchten, weil sie sagen, dass die eigentliche Ursache der

allermeisten Negativentwicklungen - ich spreche nicht nur von der Wirtschaft, aber man muss auch von der Wirtschaft sprechen - darin begründet liegt, dass wir uns nicht so verwalten und nicht solche Maßnahmen setzen können, die wir setzen möchten, die wir setzen könnten. Wir hätten die Möglichkeit dazu, aber die italienische Verfassung behindert uns hier, die italienischen Reformgesetze behindern uns dort, und vor allen Dingen behindert uns die Bürokratie in diesem Land. Sie werden es mehr erleben als wir. Viele Leute sprechen uns darauf an – ich habe es schon einmal angedeutet – nämlich gesunde Handwerksbetriebe, die gut arbeiten könnten und Aufträge noch und nöcher hätten, haben mittlerweile nicht mehr das Geld, um das Material vorab bezahlen zu können, weil die Lieferanten, wie es modern heißt, ohne Cash-Zahlung, also ohne direkte Zahlung nicht mehr liefern. Dann können die Betriebe nicht mehr arbeiten und es werden Leute entlassen. Dann kommt es zu Betriebsschließungen und bei gar nicht so wenigen zu Konkursfällen und damit zusammenhängenden tragischen Familienschicksalen.

Damit schließe ich. Wir werden niemals alle unsere Probleme lösen, aber wir lösen sie mit Italien alle leichter, nicht alle, aber einige schon. Aus dem Grund, Herr Landeshauptmann, gegen den Haushalt als solchem kann man, wenn nicht weiß Gott noch welche Änderungen kommen, nicht viel dagegen haben, nur gehört zu einer wirtschaftspolitischen Ausrichtung auch die gesamtpolitische Ausrichtung und Sichtweise. Deswegen mein Appell an Sie: Wir stehen am Beginn dieser Legislatur und ich weiß, dass Sie hellhörig sind, und ich weiß auch, dass Sie jung genug sind, um sich eine andere Zukunft für unser Land vorzustellen.

ARTIOLI (Team Autonomie): Complimenti, presidente, per aver deciso di passare dai contributi a pioggia a una riduzione della tassazione. Tuttavia lasciare la strada vecchia per la nuova può essere piena di insidie. E' un esempio l'abrogazione del contributo all'affitto che se da una parte ha reso un risparmio al nostro bilancio, dall'altra ha scatenato un bagno di sangue tra chi su quel contributo poteva fino ad oggi fare affidamento. Anche i piccoli proprietari, che rappresentano quella parte ultima di ceto medio reale, saranno notevolmente penalizzati dovendosi far carico della riduzione di sostegno pubblico, oltre a farsi carico delle tassazioni previste dalla legge sull'IMI. Si riduce di circa un terzo il loro stato economico e sostanzialmente si riduce quella parte di popolazione considerata fino ad oggi ceto medio, anche se apprezzo che domani, in una riunione convocata dall'assessore Stocker, dovremo finalmente affrontare il problema che riguarda la maggior parte delle mamme single e dei papà separati, che restano esclusi dal contributo all'affitto, in base alla nuova legge che abbiamo approvato lo scorso anno. Mi chiedo come mai non sia stata inserita in bilancio, visto che siamo in fase di approvazione dello stesso, e mi chiedo, se anche dovessimo trovare una soluzione, come sarà possibile finanziare quanto deciso. Le problematiche dell'IPES comprendono anche la nomina del nuovo presidente in quanto quello attuale è giunto alla fine della sua nomina. Abbiamo un presidente 'scaduto' che però continua ad esercitare il suo mandato. Possibile che nessuno si occupi di questa carica così importante come la presidenza dell'IPES ormai scaduta. Dobbiamo aspettare che sia la stampa a sollecitare la nostra agenda?

In questo bilancio abbiamo approvato 120 milioni di investimenti destinati alla casa, ma abbiamo alloggi IPES che cadono a pezzi, con impianti elettrici non a norma, lavori procrastinati di anno in anno, che mettono a repentaglio la sicurezza degli inquilini costretti a vivere in condizioni quantomeno non ottimali. Il 7 maggio 2013 il Consiglio provinciale aveva approvato una mozione con cui si invitava la Giunta a verificare periodicamente i criteri di assegnazione degli alloggi IPES e ad adeguarli eventualmente alle nuove esigenze. A tutt'oggi non vi sono stati mutamenti sostanziali in tal senso, mentre si registra un aumento delle criticità dovute al periodo di crisi, crisi che fa aumentare la richiesta nel sociale, dove gli interventi non riescono ad essere tempestivi e sono inquinati da elementi discriminatori e di dubbia applicazione, quale la richiesta del DURP dei genitori in caso di figli oltre l'età scolastica e universitaria. Non è possibile per legge obbligare genitori a mantenere una figlia di 35-40 anni, e noi chiediamo il DURP dei genitori. Il DURP per i genitori di cittadini stranieri si basa quasi sempre su autocertificazioni che non possono essere verificate dai pubblici uffici. Questo agevola i furbi e crea una disparità tra i nuovi cittadini extraeuropei e quelli comunitari residenti in Italia. Mamme sole con figli, padri separati con un solo figlio a carico non arrivano mai al punteggio richiesto dall'IPES e non ricevono il contributo all'affitto. E i controlli contro i furbetti dove sono? Se il mio collega consigliere vuole continuare a parlare con il presidente, io posso fare il discorso anche dopo! Ritengo positivo togliere l' IMI, il bene della prima casa è fondamentale. Restano però fuori dai benefici quei soggetti anziani che per motivi di salute devono mettere in locazione la propria abitazione a terzi e affittare loro stessi un altro alloggio più adatto ad esigenze di mobilità o di vita, ma poi devono pagare l'IMI perché vanno in affitto. Bisogna cercare di mettere a posto anche questa disparità.

In questo bilancio è fondamentale il fatto che non si parli di tagli alla amministrazione pubblica. La struttura remunerativa degli amministratori e dei dirigenti pubblici provinciali è irragionevole. Qualsiasi programma di riduzione della spesa pubblica per ridurre le tasse deve partire da un ripensamento radicale di queste remunerazioni.

Secondo alcune stime una riduzione media del 20 per cento degli stipendi dei dirigenti apicali e del 15 per cento degli altri dirigenti, insieme a una riduzione sostanziale degli stipendi dei manager pubblici e semi-pubblici, oltre ad una riduzione di indennità e un contenimento delle ore di straordinario, potrebbero fare risparmiare alla Provincia una sostanziosa parte di bilancio da devolvere a comparti in sofferenza, quali sanità e sociale. Tutto questo senza licenziare né mettere sul lastrico nessuno.

Nel bilancio giustamente si dice che non si vuole né togliere, né tagliare l'istruzione. I giovani e la conoscenza delle lingue sono due perni fondamentali su cui devono ruotare le scelte politiche delle Regioni europee più avanzate. Qui ci limitiamo ai corsi gratuiti di lingua per stranieri e carcerati invece che fare corsi di lingue gratuiti per le nostre famiglie, sia in lingua tedesca che in lingua italiana! Lo studio a pagamento è stato bocciato nei Paesi confinanti. In Germania anche gli ultimi due Länder roccaforti delle tasse universitarie, Bayern e Bassa Sassonia, hanno deciso di abolirle. L'università di Bolzano ha scelto, in linea con il „Diktat“ del Ministero dell'università italiano, di penalizzare ulteriormente gli studenti fuori corso. Un Ministero incline a considerare gli studenti degli scansafatiche da punire con un'ulteriore tassa, anche se i ritardi possono essere dovuti a una attività lavorativa per il mantenimento degli studi. Tasse maggiorate che rischiano di ridurre il numero degli studenti che restano legati all'università, luogo invece sempre più deputato a diventare la miglior arma per mettere in relazione conoscenza e popolazione locale, in particolare i giovani ma anche gli adulti in fase di riqualificazione. Le tasse e le loro maggiorazioni colpiscono ancor più quando dalla formazione triennale si passa alla specializzazione e al dottorato di ricerca. In definitiva troppe tasse favoriscono l'abbandono, senza creare una maggiore competizione nello studio. In particolare ad essere più colpiti sarebbero gli studenti che vivono in famiglia nei comuni più distanti dalle sedi dell'ateneo di Bolzano. Si pone quindi in gioco il sistema universitario provinciale, lo sviluppo della stessa Libera Università di Bolzano che non vive certo delle tasse pagate dagli studenti. Rinunciare al progresso di conoscenza di cui la nostra provincia ha bisogno, sarebbe voler continuare a perseguire una politica poco lungimirante. Uno degli obiettivi primari di questa Provincia è abbattere la burocrazia con l'introduzione del metodo dei costi standard su tutto il territorio. I costi della burocrazia derivano da iter complessi, dalla compilazione di modelli o dalla certificazione di requisiti, ovvero da tutte quelle attività che comportano “scartoffie”. Da tempo l'abbattimento della burocrazia è un tema che preoccupa i cittadini e le imprese in quanto gli oneri burocratici risultano difficilmente comprensibili e spesso insostenibili. Per abbattere il carico burocratico, l'amministrazione provinciale ha cercato negli ultimi anni di introdurre attraverso progetti pilota il metodo dei costi standard. In particolare il dipartimento all'economia si è impegnato, ma c'è ancora molto da fare. L'autocertificazione va incentivata, seguita da controlli standard come avviene in paesi dove in venti minuti si apre un esercizio commerciale rivolgendosi ad un unico sportello comunale. Secondo le imprese altoatesine al momento si è riusciti solo in parte a ridurre gli oneri burocratici in Alto Adige, come emerge anche da vari sondaggi. Con un'applicazione sistematica da parte dell'amministrazione provinciale del metodo dei costi standard su tutto il territorio si potrebbe ridurre sensibilmente l'onere a carico degli operatori economici e dei cittadini. Il metodo dei costi standard è una procedura per rilevare i costi della burocrazia che pesano sulla popolazione e sull'economia a causa delle normative sull'informazione. L'obiettivo del metodo dei costi standard è liberare cittadini e imprese da inutili oneri burocratici, gestendo in modo più efficiente le procedure amministrative e riducendo al minimo gli oneri. A tal fine vengono rilevate le procedure dispendiose, obsolete, ripetitive o eccessive per poi ridurle o addirittura eliminarle. Queste razionalizzazioni permettono di risparmiare tempo e denaro. L'accorpamento dei comuni è un ulteriore mezzo per migliorare la riorganizzazione e il risparmio. Abbiamo 116 comuni che equivalgono ad altrettante commissioni edilizie nelle quali ognuno fa come vuole in base a chi compone queste commissioni, e spesso questo diventa un grave problema. Per tagliare iniziamo spendendo. Presidente, dobbiamo davvero spendere 400 mila euro per farci dire dove tagliare? Non abbiamo abbastanza dipendenti pubblici per fare ciò? Il nuovo modo di pensare al bilancio è stato annunciato per il prossimo anno. Perché allora nominiamo questo comitato per cinque anni? Dobbiamo investire nel quarto segretario personale, non bastano i tre che ha già a disposizione, più tutti i dirigenti della provincia? I gruppi di esperti rappresentano una spesa prima che un risparmio? Se i loro/le loro componenti corrispondessero le loro prestazioni su base volontaria, potrebbe essere accettabile chiedere un aiuto alla società civile. Altrimenti sorge spontanea la domanda: “A cosa serve la politica se dobbiamo ripagare un gruppo di esperti che ci dice dove dobbiamo tagliare?” Gli mettiamo a disposizione 400.000 euro!

Sulla cultura l'accorpamento è stato sempre un mio cavallo di battaglia. Cultura e formazione vanno di pari passo, per cui andrebbe accorpata anche la scuola. Per cui, restando nelle citazioni di Zelgeriana memoria – come ha citato Lei nel Suo discorso - non vorrei che rimanesse nella scuola il motto che “più ci dividiamo meglio stiamo.” In ottobre si renderà necessario un provvedimento che oltre alla cultura prenda in esame anche la scuola.

La sanità ti salva la vita. Vogliamo introdurre il concetto che dobbiamo salvare le vite umane con strutture idonee e pensare a come gestire i pazienti cronici una volta usciti dall'urgenza? La riforma della Azienda sanitaria unica non ha ancora avuto quella svolta necessaria a eliminare doppioni e sprechi. Serve un'unità capace di gestire l'urgenza e una riorganizzazione del territorio che non guardi a interessi personali o opportunistici, ma al bene comune per quei pazienti cronici che vanno curati sempre più a casa o accolti in strutture idonee. Sono scelte impopolari sotto il profilo politico, ma redditizie per evitare uno sfascio in sanità. L'elefante della sanità, pieno di amministratori, chiede di avere più personale sanitario disponibile sul campo. Non servono burocrati e lunghe riunioni in ogni comparto, servono sanitari che si occupino direttamente dei pazienti: medici e infermieri.

L'osservatorio dei prezzi provinciale ha registrato a dicembre 2013 un prezzo medio dei carburanti in Provincia di Bolzano di 1,68 euro al litro per il gasolio e di 1,76 per la benzina contro rispettivamente 1,38 e 1,39 del costo medio registrato a Innsbruck, in Tirolo.

Invito la Giunta a promuovere un provvedimento che preveda una forma di restituzione di una quota delle accise sui carburanti venduti in Provincia di Bolzano. Potremmo introdurre lo sconto carburante sul modello del Friuli, noi non ci siamo ancora riusciti, ne continuiamo a parlare e la nostra benzina è la più cara d'Italia.

Nel corso degli ultimi anni si sono verificate numerose frane in Provincia. In particolare è stata interrotta al traffico la direttiva del Brennero facente parte del Corridoio 1 europeo, una delle principali infrastrutture strategiche della rete di collegamento in Europa. Premesso che tale area, da Brennero a Salorno, risulterebbe ancora a rischio frane a causa anche delle continue intemperie oggetto di un cambiamento climatico che sta modificando tutto l'ecosistema. Considerato la storia della direttiva del Brennero, passata dall'antica strada superiore all'attuale tratto a valle proprio grazie ad opere di bonifica e delle successive opere di protezione avvenute nel corso del progresso tecnologico con l'installazione di para-massi e reti di contenimento della roccia soprastante le infrastrutture viarie del Corridoio 1 europeo del Brennero, considerata l'importanza di tale arteria stradale, autostradale e ferroviaria su scala nazionale ed europea e considerato che l'attuale progetto di tunnel di base del Brennero investe in particolare la nostra provincia, premesso che tale progetto si possa estendere ad una completa revisione del sistema di messa in sicurezza di tutto il tratto da Brennero a Salorno, invito la Giunta a pianificare un massivo intervento per la messa in sicurezza dell'intero impianto viario della direttiva del Brennero, ad interpellare il Ministero dei Trasporti e l'omologo Dipartimento europeo a Bruxelles per garantire lo sviluppo della messa in sicurezza sull'intero tratto provinciale della Statale 12, della A22 e della linea ferroviaria del Brennero, a valutare l'opportunità in sede nazionale ed europea di reperire i fondi necessari a tale programmazione, verificando ogni possibilità in tale ambito per garantire la continuità viaria tra Nord e Sud Europa attraverso il corridoio 1 del Brennero.

Presidente, parlare di auto blu sembra un argomento populista. Ma i politici e gli amministratori pubblici sono persone normali e dobbiamo dimostrarlo anche con i fatti. Se il Premier inglese lo troviamo in bici o sulla U-Bahn londinese, evitiamo di essere noi l'esempio tipicamente latino, del sud, del macchinone con la scorta. Le chiedo un intervento più concreto nel dare consigli agli assessori di non abusare dell'auto blu. Non è l'abuso ma già l'uso che crea la differenza tra i singoli cittadini che prendono il treno con il Südtirolpass e quelli che viaggiano con l'autista davanti con i soldi pagati dai contribuenti. Presidente, sull'argomento delle auto blu ho presentato circa 18 mozioni, Le chiedo di tenere solo la Sua auto di servizio, mentre gli assessori si possono organizzare anche senza.

In definitiva mi complimento con Lei per i tratti innovativi abbozzati in questo bilancio. La fiducia, però, si pone in altre sedi, qui conta l'appoggio della maggioranza che sostiene questa Giunta. Ho dato fiducia a Lei in qualità di Presidente, ma non alla sua Giunta.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Wir diskutieren hier und heute über den Landesgesetzentwurf zur Erstellung des Landeshaushaltes bzw. Haushaltsvoranschlages für das Finanzjahr 2014. Bereits im Vorfeld habe ich mich, wie übrigens auch einige meiner Fraktionskollegen, durchaus auch positiv über diesen Haushaltsvoranschlag geäußert, da darin eine freiheitliche Handschrift erkennbar ist.

Herr Landeshauptmann, Sie haben angekündigt, diesen Tagesordnungspunkt mit der Vertrauensfrage zu verknüpfen und stellen mich damit als Landtagsabgeordneten vor die Frage, ob es den Haushalt nur im Doppelpack mit dem Landeshauptmann gibt. Eigentlich hätten Sie, Herr Landeshauptmann Kompatscher, und der Landtagspräsident die Aufgabe, die Institution Landtag und alle Mandatäre vor Angriffen von außen zu schützen, zumal viele ungerechtfertigt waren. Jeder Firmenchef, jeder Vereinspräsident würde sein Team vor ungerechtfertigten Anschuldigungen und erwiesenermaßen falschem Zahlenmaterial in Schutz nehmen und nach außen hin verteidigen. Sie, Herr Landeshauptmann, hätten sich demonstrativ vor uns stellen müssen. Was machen Sie aber? An-

kündigungen und Versprechungen ohne Absprachen oder Rücksprache mit den Abgeordneten bzw. mit den Fraktionen im Landtag und im Regionalrat. Sie schrecken auch vor Verunglimpfungen und ehrenrührigen Aussagen an die Adresse mehrerer Mandatare und Altmandatare in der Öffentlichkeit nicht zurück und sprechen von Skandal und Schande. So geschehen am letzten Wochenende. Sie prangerten letzte Woche am Freitag einzelne Medienhäuser an, wo Überschriften selten etwas mit dem Inhalt zu tun hätten, um anschließend schnell wieder zurückzurudern und mittels Kurznachrichten an den Dolomiten-Chefredakteur Toni Ebner um Ablass zu bitten. Nun bitten Sie, Herr Landeshauptmann, um unser Vertrauen in Sie, nachdem Sie uns die ganze Zeit im Regen stehen haben lassen, keine konkreten Zahlen vorgelegt haben und falsche Zahlen der Medien nicht widerlegt haben. Für mich etwas zuviel des Guten, Herr Landeshauptmann. Suchen Sie deshalb das Vertrauen zuerst in Ihrer eigenen Koalition. Entweder genießen Sie das Vertrauen innerhalb Ihrer Koalition oder eben nicht.

Für die Verabschiedung des Haushaltes gibt es keine Geheimabstimmung und es braucht nur eine einfache Mehrheit. Theoretisch wäre die Verabschiedung des Haushaltes mit 10 zu 9 Stimmen durchaus möglich, und das wäre sicher kein Vertrauensbeweis für Sie. Sollte ich mich bei der Abstimmung zum Haushaltsentwurf der Stimme enthalten, so bitte ich Sie, dies nicht als neutrale Position Ihnen gegenüber zu werten, denn für mich haben Sie in dieser Sache bisher größtenteils versagt. Zum eigentlichen Thema Haushalt hören Sie später noch von mir.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie, presidente. Presidente Kompatscher, colleghe e colleghi della Giunta, comincio anch'io parlando di cosa sia il bilancio. Lei sul bilancio ha affermato che lo interpretava anche come un voto di fiducia e questo, di fronte a quello che è successo in questi ultimi mesi, è comprensibile soprattutto rispetto ai diversi scricchiolii, innanzitutto all'interno della maggioranza, e alle singole voci di gruppi organizzati, che si sono sentiti in questo periodo. In Consiglio provinciale ho sempre pensato che il bilancio sia il documento politico della maggioranza per eccellenza. Ci sono ad esempio alcuni Consigli comunali che nel loro regolamento interno – ad esempio a Merano – hanno stabilito che chi vota il bilancio sta nella maggioranza ed il voto sul bilancio è un modo per vedere se si sta nella maggioranza o se si sta all'opposizione. Chi vota il bilancio sta nella maggioranza, chi non lo vota sta nella minoranza, all'opposizione. Credo che la prima verifica che Lei chieda sia una verifica rivolta alla sua maggioranza in termini numerici in questa sala, ma anche alla maggioranza che sta fuori da quest'aula. Ognuno di noi, soprattutto Lei, presidente, è espressione di partiti, di forze politiche, di forze sociali, di coalizioni, di reti di rapporti. Credo che questo Suo appello, questa Sua dichiarazione che collegava il bilancio ad una questione di fiducia, sia rivolto a questo mondo, quello politico, partitico ed anche a quello dell'opinione pubblica e "pubblicata", ossia anche a quel mondo dei media a cui Lei evidentemente, soprattutto ai media storicamente più vicini alla maggioranza e al Suo partito, in qualche modo ha imposto di 'prendere le misure'. Devo dire anche che per una crisi di vendita e di pubblicità che attraversano i giornali fare uno scandalo contro i politici, indicare in questo piccolo gruppo sociale di privilegiati un possibile capo espiatorio, funziona! Funziona anche in prima pagina: 'sbatti' il politico in prima pagina e questo funziona in Italia, in tutta Europa ed ha cominciato a funzionare anche in provincia di Bolzano. Evidentemente si era innescato un processo che Lei ha voluto, e riconosco che sia stato un gesto di coraggio e di grosso significato che ha fatto per se, per la sua maggioranza ed anche, La ringrazio, per tutte e tutti noi, ed intendo il fatto di imporre all'opinione pubblica e soprattutto all'opinione pubblicata il dovere di prendere le misure, il dovere della giusta misura. Noi, dicono i commentatori, siamo quelli che in merito alla questione relativa allo scandalo sulle pensioni abbiamo scelto la linea del 'mea culpa'. Abbiamo fatto questa scelta perché se ci sono degli errori, bisogna ammetterli. E' chiaro però che tutto quello che è successo in questo mese e mezzo, due mesi è andato certamente oltre misura, è stato mescolato con operazioni politiche che avevano altri obiettivi. Avevano l'obiettivo di intimorire il nuovo corso che Lei rappresenta, la nuova Giunta provinciale e Lei come nuovo Landeshauptmann per indebolire la politica. C'è un processo, i politici e le politiche fino ad oggi se lo sono meritato e questo bisogna dirlo – poi lo ribadire sul punto specifico – però è chiaro che dopo il 2007-2008 dove è cominciata la crisi vera, a distanza di 5-6 anni di crisi, ci sono sia nell'economia che nel mondo dei media a livello internazionale, e quindi anche qui, delle forze che ritengono che la politica vada messa al servizio di altre logiche, per esempio al servizio della logica dell'economia, e che la politica abdichi a quella sua funzione di riequilibrio di interessi. Noi abbiamo visto tutta l'evoluzione della crisi, l'economia da sola ha prodotto la crisi, la fede nell'economia, nelle leggi falsamente 'oggettive' dell'economia, che poi è diventata un'economia completamente fittizia, di carta, speculativa, e questo ha prodotto la crisi. C'è qualcuno che pensa che si esca dalla crisi con meno politica, con meno consenso sociale e ancora di più con il 'braccio armato' degli interessi particolari. Credo che la politica debba rivendicare il proprio ruolo e quando Lei parla di concertazione, di dialogo, di rapporto con le parti sociali, questo rappresenta,

ossia che la politica debba rivendicare il proprio ruolo di riequilibrio della società. La società non è una giungla dove la belva più feroce e più forte vince sulle altre e si ciba di quelle più deboli, questa è stata la crisi fino adesso e la politica deve riprendere in mano il controllo della situazione, deve riprendere questo ruolo di mediazione e di riequilibrio sociale per creare più giustizia, più pari opportunità, per sostenere chi è debole e rischia di essere travolto dalla crisi. Ripeto ancora che i politici e le politiche fino ad oggi si sono guadagnati tutte le critiche che vengono fatte, ma da qui a cancellare totalmente il ruolo di mediazione e di produzione dell'interesse comune che deve avere la politica, ci manca. Credo che Lei abbia posto la questione di fiducia per mettere tutti di fronte a questo tema. Volete fare a meno della politica? Volete fare a meno di una guida della Provincia? Volete che il presidente della Giunta provinciale e che la Giunta provinciale sostanzialmente prendano ordini dall'esterno? Quando Lei ha posto la questione di fiducia ha detto – e su questo di fronte a Lei mi tolgo il cappello –: 'Io non prendo ordini dall'esterno!' Credo che i giornali abbiano fatto una frenata, per esempio su di un giornale che aveva dato molto risalto alla vicenda è stata fatta un'analisi di chi sono le persone che protestano c'è stato l'articolo di Arnold Tribus sulla 'piazza' e su chi c'era e su chi sono quelli che legittimamente si arrabbiano, che dovrebbero comunque riflettere su dove erano negli anni prima, nei decenni prima. Sul Dolomiten, sull'Alto Adige o sul Corriere si cominciano a leggere delle informazioni più complesse e più oggettive sia sul passato, su quello che è successo, sulle vicende anche della stessa legge e sulle delibere attuative, sia sulle proposte e sulle possibilità che ci sono di cambiare. Credo che Lei abbia ottenuto l'obiettivo che si era posto in maniera così forte, la questione del ruolo della politica, della Giunta provinciale e anche di questo Consiglio. Noi non riterremo opportuno un'"ammucchiata della paura" intorno a Lei, Lei non ha bisogno di questo ma di una maggioranza e di una opposizione che dialoghi e che collabori.

La nostra astensione sul bilancio, insieme a quella degli altri gruppi, è già un'apertura di credito. Di solito nel bilancio è quasi automatico il voto contrario dell'opposizione. Noi ci asteniamo perché per una volta abbiamo voluto prendere sul serio la questione del dialogo ed abbiamo dato un attento giudizio di merito – quello che il collega Heiss ha spiegato nella sua relazione di minoranza – ed abbiamo visto 'le luci e le ombre' dentro il bilancio, e ci siamo orientati per un'astensione. Ci sono alcune questioni che ricordo brevemente, che a noi in questo bilancio sembrano problematiche. Per quanto riguarda la questione relativa alla riduzione IRPEF, noi non siamo per questa 'no tax area' uguale per tutti di 20.000 euro, saremmo invece per una esclusione dal pagamento dell'addizionale IRPEF per redditi fino a 35.000 euro, mentre i redditi che superano questo importo dovrebbero pagare le tasse, questa addizionale IRPEF sull'intero reddito, per dare di più a chi ha di meno e non dare quel meno o quel poco a chi ha molto di più e che con quel poco probabilmente non risolve granché.

La seconda questione che ha sottolineato il collega Heiss, sia in commissione che in aula, è che noi siamo fortemente preoccupati per il fatto che una serie di diritti che riguardano le prestazioni sociali hanno una copertura finanziaria a dir poco precaria, e parlo dell'assegno di cura, dell'assegno familiare, del contributo all'affitto. In merito all'assegno familiare ricordo che la delibera – lo abbiamo scoperto leggendo – raddoppia l'assegno familiare subordinando il tutto alla copertura finanziaria, per cui nel momento in cui la copertura finanziaria non dovesse più esserci, il raddoppio dell'assegno familiare salta. C'è poi la questione dell'assegno di cura, la 'Pflegeversicherung'. Ricordiamo che ci dovrebbe essere una garanzia di lungo periodo, e questa garanzia era data dal fondo di garanzia per l'assegno di cura. Ma questo fondo non è mai stato istituito, quindi l'assegno di cura 'va avanti' anno per anno, in una condizione piuttosto precaria. Per quando riguarda la questione relativa al contributo per l'affitto, ne parlava prima la collega, ricordo che noi quando è stata fatta – lo ricorderanno i colleghi Tommasini e Theiner - la riunificazione del contributo all'affitto dell'IPES con quello dei Servizi sociali, portando tutto in capo ai Servizi sociali, noi avevamo avvertito che i Servizi sociali avevano una serie di criteri molto diversi rispetto a quelli dell'IPES, criteri molto più stretti, e quindi una serie di persone e di famiglie che ricevevano il contributo dell'IPES rischiavano di rimanere 'sotto la pioggia' perché i criteri sono più restrittivi e perché con l'applicazione del DURP, la dichiarazione sul patrimonio, si andava verso una situazione di incognita in quanto nessuno poteva sapere quello che le famiglie avevano come patrimonio, anche nelle diverse proiezioni presentate, ossia chi e che cosa avesse in banca. Questo è esattamente quello che è successo, tante persone nel passaggio tra i due sistemi si sono viste negare il contributo all'affitto, oppure se lo sono visto ridurre. Ci sono ancora dei problemi aperti soprattutto per le famiglie monoparentali, le persone sole con figli, che in questi giorni anche con lettere ci hanno fatto sapere della loro situazione. Spero che la questione venga affrontata dall'assessora Stocker in maniera approfondita perché quanto successo – e non mi stanco di dirlo ogni volta – non è quello che doveva succedere. E' stato detto che riducendo i contributi si sarebbe raffreddato il mercato dell'affitto, ma questo non è accaduto ed il mercato dell'affitto resta ai livelli di prima, solo che le famiglie hanno meno soldi in tasca. Riassumendo: il primo punto è l'IRPEF, il secondo la nostra preoccupazione di un finanziamento al sociale che oggi a noi non sembra

garantito in quanto il sociale è sottofinanziato, ed il terzo è quello delle troppe deleghe alla Giunta, come ad esempio sul riordino delle strutture etc.. Anche in questa legge ci sono molte cose che vengono affidate alla Giunta. Se possiamo dire di aver imparato una cosa dallo scandalo delle pensioni e dalle vicende della legge n. 6 del 2012, è che bisogna indicare i criteri in legge – Lei sui criteri delle pensioni ha detto che vuole i criteri in legge – e questa è una questione ‘di misura’ che riguarda un po’ tutta la materia, tutta la nostra legislazione. Non si può eccedere nelle deleghe alla Giunta perché fare delle leggi quadro, dove del quadro c’è solo la cornice e la parte più importante del quadro, cioè il dipinto, viene delegato a deliberare attuative della Giunta provinciale, non credo questo sia un buon modo di legiferare. Anche in merito al sociale sono delegati alla Giunta provinciale una serie di decisioni fondamentali, di diritti fondamentali, e questo credo non sia corretto. Noi verificheremo – abbiamo anche alcuni emendamenti – come si svilupperà il dibattito e che legge alla fine verrà varata. Vedremo se alcuni di questi emendamenti, specialmente quello sull’IRPEF, verrà o non verrà accolto, e di nuovo prima di votare la legge verificheremo se confermare la nostra astensione. In questo momento, con la legge così com’è, la nostra posizione resta quella che abbiamo espresso in commissione, cioè quella dell’astensione.

Presidente Kompatscher, piena fiducia gliela vorremmo accordare, e fino adesso gliela accordiamo in merito alla questione della soluzione dello scandalo pensioni. Una settimana fa a Trento abbiamo avuto una riunione con il Collegio dei capigruppo nella quale ho difeso il diritto/dovere dei presidenti delle due Giunte provinciali o del presidente e del vicepresidente della Regione, è lo stesso, di fare una loro proposta. Non solo dico il diritto, perché ovviamente i presidenti... c’era una polemica e Lei lo sa, sul fatto che il Consiglio deve essere sovrano e non deve essere scavalcato, ma a volte bisogna forzare la mano, soprattutto quando ci sono conflitti di interesse, quando cioè un Consiglio e delle consigliere e dei consiglieri dovranno essere chiamati ad una serie di decisioni che probabilmente incideranno anche sulla loro condizione personale. La politica qui deve avere la meglio sull’interesse personale, il bene comune e il principio di uguaglianza tra cittadini deve avere la meglio sull’interesse personale. Credo sia molto utile che da parte di voi Giunte provinciali e regionali e soprattutto di voi presidenti alla prima elezione che, come si dice in italiano, ‘avete tutto il futuro davanti’ e questo futuro lo dovete difendere politicamente, sia per voi che per noi, ... lo ho salutato come positivo e difeso l’intervento e il lavoro che state facendo. Naturalmente mi piacerebbe leggere appena possibile i pareri fatti dagli esperti che voi avete incaricato. Noi di fronte a questa situazione ci siamo messi a lavorare come sempre, come sappiamo fare e abbiamo rivisto la legge che fu approvata nel 2012, abbiamo voluto – come Lei dice sempre – avere tutte le carte sul tavolo e quindi ci siamo fatti dare dalla Regione tutte le delibere attuative, fino ad ora sono 7, delle quali 4 non sono state pubblicate nel Bollettino Ufficiale della Regione, e noi abbiamo chiesto il perché. Sentiremo la risposta anche se sappiamo che non è obbligatorio pubblicare tutte le delibere, però ogni delibera che non viene pubblicata deve avere una sua motivazione. Abbiamo ricostruito l’iter, abbiamo messo l’accento e l’attenzione, e questo a volte è servito anche a qualche giornale per costruire un proprio articolo, un proprio servizio. Noi nel momento in cui è arrivata sul nostro tavolo tutta questa documentazione l’abbiamo messa a disposizione di chiunque ci volesse veder chiaro e di chiunque volesse avere informazioni, sia persone private che media. Abbiamo richiesto in base al nostro diritto di accesso agli atti il famoso parere del prof. Tappeiner per verificare se effettivamente la delibera riprendeva – ovviamente la delibera è un atto politico e i politici come dice il prof. Tappeiner possono anche decidere altrimenti – il parere. Certo devo dire che in passato quando i politici si facevano dare dei pareri tecnici e poi rovesciavano il parere tecnico e si inventavano altri tipi di indirizzo, noi li abbiamo sempre criticati. E’ comunque chiaro che una cosa è il parere tecnico ed un’altra cosa è una delibera dell’Ufficio di Presidenza. Volevamo verificare, perché c’era stata un’affermazione del prof. Tappeiner che diceva che non era stato lui ad indicare certi criteri, soprattutto il tasso di sconto. Abbiamo messo tutte le carte sul tavolo e le abbiamo messe a disposizione di chiunque volesse consultarle, giornalisti compresi. Dico questo perché poi il materiale raccolto è stato utilizzato dai giornali. Noi abbiamo svolto il lavoro in maniera oggettiva, direi quasi ‘asettica’, anche perché questo nostro lavoro partiva dall’ammissione di un errore che ci riguardava in prima persona, l’errore di un mancato controllo sulle procedure applicative di questa legge. Noi le abbiamo messe a disposizione e poi i giornali ne hanno fatto quello che hanno creduto di farne.

Ricostruendo adesso con un minimo di calma tutta la vicenda, credo che bisogna per esempio riparlare anche della legge del 2012 nella sua interezza, e non solo per quello che riguarda la parte che ha creato lo scandalo. Mi sono riletto tutto il dibattito. Effettivamente dopo quanto è successo leggere tutta la felicità di quelli che hanno parlato, compreso il collega trentino a nome dei Verdi che salutava la novità di questa legge, è un po’ comico, sembra di vivere in due - il collega Theiner ride, perché c’era anche lui e forse se l’è riletto - mondi, in due realtà completamente diverse. In tutti gli interventi ed anche nella relazione le caratteristiche fondamentali, gli obiettivi fondamentali della legge erano sostanzialmente tre. Il primo era il taglio delle indennità, cioè degli stipendi, e

l'eliminazione della diaria. Ricordo che la diaria ammontava a circa 3.200 euro e faceva parte dello stipendio, però non era tassata. Era una diaria esentasse e questo era uno scandalo, quindi il primo obiettivo era quello di ridurre il lordo dello stipendio da circa 14.000 a 9.800 euro, inclusa l'eliminazione della diaria. Il secondo obiettivo era l'eliminazione dei vitalizi, dello strumento del vitalizio, dell'istituto del vitalizio che non è una pensione, ma se paragonata alla pensione è una pensione con sistema, si potrebbe dire, retributivo e non contributivo, dove non c'è paragone tra i contributi pagati e la pensione erogata dopo anni. L'eliminazione dei vitalizi e l'introduzione del sistema contributivo erano i primi due obiettivi. Il terzo era la riduzione, il taglio sia dei vitalizi in corso, ossia quelli erogati, sia dei diritti di chi aveva 'maturato' il diritto al vitalizio successivamente. Questi erano i tre elementi che dovevano contribuire ad un obiettivo sovraordinato che era il taglio drastico dei costi della politica, dei costi dei politici e la sostenibilità a lungo periodo del bilancio regionale. Ricordiamoci che quella riforma è stata fatta in un momento in cui si rischiava seriamente - visto che la vita si allungava, gli eredi continuavano a incassare anche i vitalizi dei consiglieri e delle consigliere che non erano più in vita - di dover intaccare il bilancio vivo, della 'carne viva' del Consiglio regionale per dover pagare questi vitalizi. Queste erano le tre caratteristiche della legge e l'obiettivo fondamentale era una riduzione dei costi della politica con la scomparsa dell'istituto dei vitalizi. Ora il problema è nel chiedersi se rispetto - questo secondo me è il punto che ci fa trovare una soluzione - a questo, che era l'obiettivo fondamentale della legge, c'è stata coerenza nell'applicazione della legge e se nelle successive delibere applicative c'è stata coerenza rispetto agli obiettivi fondamentali che aveva la legge, oppure se ci si è lasciati trascinare in una trattativa con i vecchi consiglieri e consigliere che dovevano certamente rinunciare ai loro diritti acquisiti o addirittura a pensioni in corso e se non si è pagato un prezzo troppo alto e se il prezzo troppo alto che è stato pagato ha compromesso uno degli obiettivi fondamentali della legge, questo è il punto. E' un problema di coerenza e non di legittimità o di legalità, quantomeno in questa sede. Ho l'impressione che questa coerenza sia andata perduta, che dare troppo spazio ai rimborsi e dare troppo peso ai diritti acquisiti abbia compromesso gli obiettivi fondamentali. Oggi serve una correzione radicale dell'applicazione della legge, che deve essere fatta attraverso una legge che metta 'tutto' in legge, che in questo senso sia trasparente e leggibile ed abbia tutte le carte in tavola, una correzione radicale per tornare agli obiettivi fondamentali. Credo che ci sia stata una trattativa con chi aveva e poteva vantare di diritti acquisiti e chi continuamente lanciava - io lo ricordo - ammonizioni di minacce di ricorsi. Questo credo sia certificato ed è stato detto dai protagonisti che si sono trovati in quella difficile situazione. In fondo a quei tempi i 'Bürger' erano quelli che dicevano: 'io ho costruito ed ho acquisito' - anche comprensibilmente - tutta la mia vita su questa ipotesi, ricevo una pensione e questo è un mio diritto che non è possibile ridimensionare o tagliare. In questo senso penso che le proteste di questi giorni - se scremate da strumentalizzazioni e da certi toni di aggressione violenta che non fanno parte del dibattito democratico, e vanno veramente denunciati e condannati - ci consenta forse, ci aiuta a creare un contrappeso alla logica dei diritti acquisiti. C'è una società che rivendica il proprio diritto, soprattutto quello relativo alla pari opportunità, al pari trattamento e noi possiamo farci forti di questa protesta per andare ad una soluzione definitiva. Guardate, io ho rivisto anche tutte le nostre azioni ed anche tutti i dibattiti in Consiglio regionale. Noi del gruppo verde abbiamo presentato due volte due disegni di legge - e c'è tutto il dibattito nelle Commissioni e in aula, tutto certificato - che abolivano i vitalizi, una volta nel 2004 e una nel 2007. Allora non ci fu un grande dibattito e quei disegni di legge furono respinti a maggioranza, e tutto finì lì. Questa volta forse è la volta buona anche per la politica. Come ho già detto prima, Lei ha cercato di dare la misura a chi sta fuori dalla politica, ma la misura la dobbiamo trovare anche tra noi e la dobbiamo trovare anche noi per noi stessi. La politica deve trovare una giusta misura e questa è quella dei normali cittadini. La politica per prima cosa non può essere un mestiere a vita, può essere una funzione che si fa per un tratto della propria vita, ma che non perde mai di vista le radici sociali da cui si proviene e neanche il lavoro e la condizione del lavoro da cui si proviene. Non ci può essere nessun trattamento speciale, straordinario per chi fa politica, anzi - su questo sono d'accordo e Lei lo dice sempre - semmai un po' meno, cioè non è possibile che i politici chiedano sacrifici alla popolazione senza farne anche loro, semmai devono farne un po' di più. Non è possibile che la popolazione si veda tagliare le pensioni e allungare l'età pensionabile ecc. ecc., e poi i politici o lo stesso ceto politico si esclude da questo tipo di cose! Quindi, nessun trattamento speciale per i politici, questa è la questione ed è quello che abbiamo sottovalutato. Per quanto riguarda la questione relativa alle pensioni, quando ciascuno di noi ha ricevuto la comunicazione degli importi - io ho ricevuto la comunicazione di quanto singolarmente prendevo, 37.000 euro, più 135.000 euro, in tutto 172.000 euro, in cambio della riduzione del mio vitalizio - abbiamo tutti pensato che ci pensiamo tutti politici fino a che non c'è... lì ci siamo pensati come pensionati, abbiamo fatto i conti come qualsiasi pensionato, come persone private. Credo che abbiamo completamente sottovalutato l'impatto politico che questa vicenda poteva avere, questa matematica previdenziale, e se avessimo valutato l'impatto politico di questi conti previdenziali, io credo che noi ci saremmo dovuti fermare ed avremmo do-

vuto farne una questione politica valutando fino in fondo il significato politico fino all'ultimo numero di quello che stava succedendo. Non abbiamo fatto questo e ci ha pensato la società a ricordarcelo. Ci ha ricordato che quando si parla di vitalizi, di stipendi, di persone che stanno nelle istituzioni, questa non è una questione privata ma una questione politica, una questione su cui la società ti misura, e adesso dobbiamo trovare una soluzione. Credo che chi vorrà trovare una soluzione, e noi siamo tra quelli che cercano una soluzione, ... Noi abbiamo i due disegni di legge che abbiamo presentato negli scorsi anni, inoltre abbiamo anche abbozzato una serie di idee che adesso dirò. Dobbiamo dire una cosa chiara e cioè - oltre al fatto che la legge aveva quegli obiettivi e non può essere ridotta ai pagamenti anticipati ecc. - che chi si trovò a fare la legge, quelle norme di attuazione - e parlo soprattutto della presidente Rosa Thaler che da qui vorrei salutare e alla quale vorrei esprimere solidarietà per il lavoro che fece e per la situazione in cui oggi si trova - si trovò a fare una proposta che doveva disboscare una giungla costruita in 60 anni. Perché il vero scandalo è prodotto da un'inerzia, da una serie di normative che via via, tra l'altro noi stessi abbiamo ridotto. In particolare nelle ultime due legislature sono stati ridotti notevolmente, sono stati aumentati i contributi, è stata diminuita la possibilità di andare in pensione a 50 anni! Il Consiglio regionale ha ereditato una situazione terribile di privilegi accumulati. Ho fatto un conto di quanti anni di vitalizio sono stati erogati a tutti gli aventi diritto di fronte a quanti anni queste persone che ne hanno diritto e che prendono un vitalizio sono stati in Consiglio provinciale. Chi oggi riceve il vitalizio in qualità di ex consigliere della nostra Provincia ha sommato tutti insieme 606 anni di presenza in Consiglio provinciale. Sapete da quanti anni sta prendendo il vitalizio? Da 772 anni, tutti insieme. In sostanza con il vitalizio ai consiglieri che prendono il vitalizio vengono pagati 166 anni in più degli anni che in totale sono rimasti in Consiglio provinciale. Più si va indietro nel tempo e peggio è! C'è una persona della quale non faccio il nome, che prende il vitalizio dal 1978, cioè dall'età di 56 anni, un vitalizio di 1.400 euro. Si tratta di una persona che è stata in Consiglio 4 anni e che prende il vitalizio da 36 anni! Queste sono le situazioni che noi avevamo ereditato! Ci sono vitalizi da 6.800 euro per vent'anni di permanenza in Consiglio provinciale, che sono già in corso da ventuno anni, quindi un anno in più, e così via! C'è un caso che riguarda un consigliere di Trento che prende il vitalizio dal 1972 ed ha iniziato a percepirlo a quarantanove anni, percepisce 3.162 euro al mese dal 1972! Sapete quanto è stato in Consiglio provinciale? Dodici anni! E lo prende da quarantadue anni! Questa era la situazione in cui si sono trovati ad operare coloro i quali dovevano affrontare il problema di tagliare questa 'giungla' e può darsi, anzi certamente, che da tutti noi siano stati fatti degli errori, e l'unica 'medicina' è che la politica torni al mondo reale.

Presidente, noi abbiamo elaborato alcuni concetti ed insieme al collega Heiss e alla collega Foppa abbiamo anche lavorato a un disegno di legge, ma vogliamo aspettare il disegno di legge dei due presidenti che hanno a disposizione tutti gli uffici e tutti i consulenti. Qui non si tratta assolutamente di fare i primi della classe, ma voglio proporre alcune nostre idee frutto di un prodotto collettivo di noi tre consiglieri provinciali e del nostro partito che su questo argomento ha fatto un congresso straordinario due sabati fa. Primo: il riferimento deve essere per tutti la situazione previdenziale normale come ogni cittadino, in particolare la situazione previdenziale di provenienza. Si deve aver diritto ad una sola pensione e la pensione fondamentale è quella della condizione di lavoro da cui ciascuno di noi proviene, più naturalmente il diritto ad accumulare una pensione privata, se uno è disoccupato o se non ha una condizione di lavoro con pagamento di contributi. Ad esempio c'è un decreto legislativo che vale per esempio per i sindacalisti, mi pare sia il n. 564, e si può pensare ad una possibile aggiunta di contributi volontari alla posizione INPS o previdenziale di origine, ma la cosa fondamentale è che la condizione previdenziale di origine, quella della società da cui proveniamo, deve essere presa come punto di riferimento e può essere alimentata, magari con possibilità di versamenti aggiuntivi, volontari. Per tutto il resto devono valere le regole di quella condizione previdenziale: l'età pensionabile, le condizioni e tutto quello che ogni comune cittadino ha di fronte rispetto al problema della sua pensione. Questo deve essere valido anche per noi e deve valere per tutti coloro che non hanno ancora un vitalizio. Per chi oggi percepisce un vitalizio in base ai diritti acquisiti, credo vada applicato, e mi sembra che su questo anche il collega Noggler, da quanto ho letto, ha espresso questi concetti di ragionevolezza e proporzionalità. Queste indennità tra l'altro non sono pensioni ma vitalizi, che quindi sono una categoria diversa, sono una specie di indennità perpetua, un'indennità a vita e non una pensione come quella di tutti i cittadini. Questo criterio di ragionevolezza e proporzionalità deve fare i conti, primo, con la crisi economica in cui siamo tutti, secondo, con i tagli e le riforme che ci sono state e che hanno fatto rinunciare a tanti 'cittadini normali' dei diritti acquisiti, terzo, con il rischio della finanza pubblica. Credo che per riportare a ragionevolezza e proporzionalità i vitalizi in corso vi siano due strumenti: uno è quello noto del contributo di solidarietà, ossia si può aumentare il contributo di solidarietà, il secondo è quello che noi proponevamo nelle leggi del 2004 e del 2007, glielo suggerisco, presidente, ed è quello di introdurre la non cumulabilità. Noi come Verdi nel nostro disegno di legge presentato nell'anno 2007 proponevamo che il vitalizio fosse erogato in termini ridotti se era presente

un'altra pensione. In presenza di altra pensione, al vitalizio viene sottratta la cifra che deriva dall'altra pensione. Questo perché quando è stato introdotto il vitalizio, negli anni cinquanta e sessanta, questo doveva difendere la persona che si dedicava alla politica e che quindi in qualche modo rinunciava e rischiava di non avere coperture previdenziali se non c'era una previdenza che derivasse dal suo incarico politico. Ma se questa previdenza è andata avanti, ci sono stati i contributi e quella persona riceve una pensione o un reddito magari da altri incarichi politici, perché noi sappiamo che ci sono pluripensionati da politica. Non ci sono solo i pensionati da politica che poi prendono la loro pensione della vita borghese, ma ci sono persone che cumulano più pensioni dalla politica. Credo che il divieto di cumulo del vitalizio possa essere uno strumento per riportare ragionevolezza e proporzionalità. Terza questione, che è immediata: dobbiamo trovare un modo per far rientrare le cifre che sono state pagate nel bilancio del Consiglio regionale. Questa è la questione fondamentale che le persone si aspettano, il rientro nel bilancio pubblico di quanto è stato erogato. Bisogna fare molta attenzione, presidente, e credo che Lei sia consapevole dell'estrema delicatezza di questa nuova legge, anche per un fatto, perché se si può dire come dicono molti, per esempio quelli che raccolgono nei nostri ventuno nomi la petizione per cacciarci tutti da questo Consiglio, se fino ad oggi i 'responsabili' additati sono tutti quelli che hanno votato la legge del 2012, quando dovremo votare la nuova legge la responsabilità si allargherà anche ai nuovi consiglieri. La nuova legge dovrà in qualche modo 'riscattare' noi vecchi e non compromettere l'innocenza di chi è stato votato dopo.

Concludo sulla questione del 'Konvent' sull'autonomia. Credo che poi i colleghi - specialmente la collega Foppa che su questo lavora moltissimo ed è direttamente coinvolta anche come membro della prima Commissione - diranno altre cose: la riforma dell'autonomia noi la vogliamo partecipata, vogliamo la riforma dei cittadini e delle cittadine e non dei rapporti diplomatici Roma-Bolzano. Volevo avanzare solo una riflessione che è questa: noi, presidente, ci troviamo di fronte al fatto che l'Italia, la Repubblica italiana, ha approvato una serie di normative che superano le Province e si va verso l'eliminazione delle Province. Poi vedremo in quanto tempo e con quanta efficacia, ma comunque le Province non esisteranno più. E' una questione di definizione, ma è anche una questione di concetto e credo che anche da noi vada superato il termine 'Provincia autonoma di Bolzano', 'Provincia autonoma di Trento'. I colleghi dei Verdi trentini hanno avanzato una proposta che è quella di proporre come legge costituzionale la modifica della nostra definizione da 'Provincia autonoma' in 'Comunità autonoma dell'Alto Adige-Südtirol', che riprende ovviamente le definizioni, per esempio, dell'ordinamento spagnolo. Anche nelle relazioni con le altre Regioni e con le altre Province credo che noi dovremo marcare la specificità della nostra autonomia e quindi riflettere anche sul tipo di definizione con cui noi ci presentiamo all'opinione pubblica esterna e ci pensiamo. Il concetto di 'Comunità autonoma' è un concetto che mette in evidenza la società e non la collocazione nella gerarchia istituzionale dello Stato. Teniamo conto che il termine 'Provincia' è un termine che appartiene più ad un ordinamento di origine napoleonica, prefettizia che non ad un ordinamento di tipo federalista.

Con un giudizio di merito sul bilancio - perché da parte nostra, come forza che non appartiene alla maggioranza non può essere altro - un forte incoraggiamento e sostegno per la riforma dei vitalizi e per il superamento, la soluzione e la risposta al problema dello scandalo delle pensioni. Concludo il mio intervento e la ringrazio, presidente, per aver rimesso la politica al centro del dibattito e per aver ridato alla politica la sua dignità con la sua relazione di venerdì, che credo abbia contribuito molto a cominciare a cambiare il clima nella nostra provincia.

PRÄSIDENT: Bevor ich dem Kollegen Knoll das Wort erteile, möchte ich die noch verbliebenen Schülerinnen und Schüler des Sozialwissenschaftlichen Gymnasiums Bozen mit Prof. Thöni recht herzlich begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Das Wort hat der Abgeordnete Knoll.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Herr Präsident! Bevor ich beginne, möchte ich gleich für Sie, Herr Präsident, den Vorschlag, im Sinne der Überarbeitung der Geschäftsordnung, postulieren, die Redezeit in der Haushaltsgeneraldebatte von einer Stunde dringend zu reduzieren. Es ist, glaube ich, für die Zuhörer und für uns alle, ich will nicht sagen eine Zumutung, denn es sind manchmal doch ein paar wirklich interessante Beiträge darunter, sondern einfach ermüdend und nicht im Sinne einer straffen Diskussion und Arbeitsweise, wenn man sich in langen Reden verliert. Ich glaube, derartige Dinge, die man zum Haushalt zu sagen hat, kann man auch in Kürze sagen. Nur weil man viel redet, heißt es noch lange nicht, dass man viel gesagt hat. Ich glaube, es täte uns allen gut, wenn wir uns ein bisschen beschränken würden.

Nun aber zur Sache selbst. Die Verabschiedung eines Haushaltes zählt sicherlich zu den wichtigsten politischen Ereignissen, wenn man so will, im Jahresrhythmus eines Landtages. Mit ihm steht und fällt die Umsetzung

von Projekten und er beeinflusst somit nachhaltig die Entwicklung eines Landes. Südtirol war in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gewöhnt, stets über einen Haushalt zu verfügen, der die Realisierung von Maßnahmen in den seltensten Fällen von deren Finanzierbarkeit abhängig machte. Diese scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten haben aber auch dazu geführt, dass in vielen Fällen Ausgaben nicht nach den Vorgaben der effektiven Notwendigkeit getätigt wurden, sondern vielmehr nach dem Vorsatz, dass das Geld dazu da ist, ausgegeben zu werden. Es waren dies die Aufbruchsjahre, in die auch meine Generation in den späten 80er Jahren hineingewachsen ist, eine Zeit, in der scheinbar alles nur mehr einen Preis und fast nichts mehr einen Wert hatte.

Diese vermeintlichen Wohlstandsjahre, wenn man so will, dieses verspätete Wirtschaftswunder in Südtirol hat auch in der Gesellschaft seine Spuren hinterlassen. Nach Jahrzehnten der Entbehrungen war man plötzlich kein Bittsteller mehr, sondern konnte die Früchte des eigenen Erfolges und des eigenen Fleißes auch ernten und wollte dies natürlich auch nach außen hin zur Schau tragen, jedoch verbunden mit einem latenten Minderwertigkeitsgefühl, das in Südtirol sicherlich nicht zu leugnen ist. Daher galt eine andere Devise, und zwar die Devise schöner, besser und größer. Die Debatten um den Bau einer eigenen Bob-Rodelbahn, eines eigenen Alpenzoos und nicht zuletzt die Gründung einer eigenen Universität, die Errichtung eines eigenen Flugplatzes und eines eigenen Fahrsicherheitszentrums sind Zeugnisse dieser Mentalität, dass wir alles besser, größer und schöner können. In dieser Zeit schossen Landhäuser, Schulen und Vereinshäuser wie Pilze aus dem Boden. Umfahrungsstraßen, die vielleicht manchmal zu einfach wirkten, wurden kurzerhand mit Tunnelabschnitten, Unterflurtrassen, aufwendigen Brückenkonstruktionen und möglichst noch mit einem Kreisverkehr garniert. Es gab fast nichts, für das es keinen Beitrag aus dem Landeshaushalt gab. Wenn die Fraktionsfeuerwehr vielleicht nicht einen so großen neuen Löschtankwagen brauchte, dann wurde er trotzdem gekauft, damit der Beitrag nicht verloren geht.

Es waren dies die Jahre, in denen sich für Südtirols Politiker ein neues Tätigkeitsfeld eröffnete, welches sich nicht mehr so sehr auf das Regieren und Politisieren beschränkte, sondern, mit tatkräftiger Unterstützung der Medien, in der neuen Volkssportart des Bänder-Durchschneidens seine Königsdisziplin fand. Für jeden größeren gewährten Beitrag galt es von nun an, ein entsprechendes Einweihungsfest zu organisieren, welches, rein zufällig, strategisch günstig vor den nächsten Wahlen positioniert wurde, damit sich jeder daran erinnert, von wem der Beitrag stammt und bei wem bei den Wahlen das Kreuzchen zu machen sei. So darf es nicht verwundern, dass Politik für viele Bürger nicht mehr mit der Frage der Verantwortlichkeit für das Wohlergehen des gesamten Landes verknüpft wurde, sondern vielmehr mit der Frage des unmittelbaren und persönlichen Nutzens.

Im Lichte dieser Entwicklung rückten viele politische Probleme unseres Landes aus dem Blickfeld des täglichen Interesses. Egal, ob es dabei um Grundfragen der sozialen Gerechtigkeit, vielleicht auch um den autoritären Regierungsstil des Altlandeshauptmannes ging, um die ungelöste Ortsnamenfrage, um das Verhältnis der Sprachgruppen, ja selbst die Zukunftsfrage des Landes wurden unter die Decke des "uns geht es ja eh gut" gehüllt.

Mit Eintreffen der Wirtschaftskrise ist diese Decke jedoch entzogen worden und Südtirol aus seinem seligen Schlaf der Unbekümmertheit erwacht. Da liegt es nun, ein Land, das die Schatten seiner Vergangenheit nie wirklich vertrieben hat und seine Zukunft auf der vielleicht naiven Annahme aufgebaut hat, dass alles so weitergehen würde wie bisher und dass sich die Probleme schon irgendwie von selbst lösen würden. Plötzlich gibt es keine unbegrenzten Beiträge mehr, mit denen sich Probleme einfach wegkaufen lassen. Plötzlich sind steigende Arbeitslosenzahlen keine landesfremden Schauergeschichten mehr, sondern bekommen ein persönliches Gesicht und plötzlich muss das Land erkennen, dass die "Mir-sein-mir-Mentalität" dazu geführt hat, dass sich niemand mehr so ganz bedingungslos auf die Seite Südtirols schlägt, wenn Italien unsere Autonomie einfach beschneidet.

In diese Zeit der allgemeinen Verunsicherung und Orientierungslosigkeit fällt nun die Verabschiedung des diesjährigen Haushaltes, ein Haushalt, der keine großen Überraschungen in sich birgt und der, trotz löblicher Versuche der Entlastung für die Bürger, vom Zwang der Einsparung konditioniert ist. Es wäre daher zuerst die Aufgabe der Abgeordneten, den Haushalt nach seinen Inhalten zu bewerten, und, wo notwendig, allfällige Korrekturen vorzunehmen. Doch welchen Wert hat diese Arbeit, wenn der Fokus der allgemeinen Aufmerksamkeit dabei nicht auf den Inhalt des sachlich zu bewertenden Gegenstandes gelenkt wird, sondern vielmehr auf die grundsätzliche Vertrauensfrage in die Regierung? Es ist dies, mit Verlaub, ein Missbrauch der Institution des Südtiroler Landtages, den man vielleicht vom römischen Parlament so gewohnt sein mag, der aber sicherlich nicht mit den demokratischen Gepflogenheiten unseres Landes in Einklang zu bringen ist und der diesem einst so Hohen Haus leider noch ein weiteres Stück seiner Würde beraubt.

Die Genehmigung des Haushaltes zur Vertrauensfrage über den Fortbestand einer Regierung umzufunktionieren, beraubt die Abgeordneten ihrer sachlich neutralen Entscheidungsfreiheit und mag vielleicht sogar auch mit Unterstützung des einen oder anderen Vertreters der politischen Minderheit dazu angedacht sein, sich eine

vermeintlich politische Legitimation zu verschaffen. Doch allein, Herr Landeshauptmann, ich versichere es Ihnen, es schwächt im Besonderen Ihre Position als Landeshauptmann, da es von der Bevölkerung nur als Hohn aufgefasst werden kann, wenn Politiker in einer Abstimmung über ihre eigenen Verfehlungen entscheiden und sich dann womöglich noch selbst das Vertrauen aussprechen. Es mag Ihnen sonderbar erscheinen, dass diese Kritik ausgerechnet von einem Vertreter der Opposition geäußert wird, der im Grunde genommen jedes Interesse daran haben müsste, der Regierung medienwirksam das Misstrauen auszusprechen und somit jede Verantwortlichkeit auf die Mehrheit abzuwälzen, die dann in der Abstimmung sich selbst das Vertrauen ausspricht und somit an der eigenen Macht festhält.

Doch ich glaube, dass Politik mehr als nur Parteipolitik ist. Ich bin der festen Überzeugung, dass sich die Bevölkerung in der gegenwärtigen Situation ein entschiedenes Handeln erwartet und keine parteipolitische Nabelschau. Als gewählte Vertreter des Volkes sind wir auch nur dem Volk gegenüber verantwortlich und keiner Zeitung und keinem Journalisten, die glauben, über uns einen Urteilsspruch fällen zu müssen. Es gilt daher endlich wieder zu arbeiten und den Menschen in unserem Land zu beweisen, dass wir Politiker auch das Geld wert sind, das wir verdienen. Sobald unsere Leistungen selbst den Beweis erbracht haben, dass sie auch wirklich wertvoll sind, werden auch jene Kritiken verstummen, die die Politik nur mehr als liederlichen Selbstbedienungsladen betrachten. Da wir jedoch hier nicht mehr über sachliche Inhalte diskutieren, sondern über eine Vertrauensfrage, die an diesen Haushalt geknüpft wird, berauben wir uns selbst der Chance, hier eine sachliche Diskussion zu führen und damit den Beweis zu erbringen, dass wir sachlich arbeiten können.

Unter den oben genannten Umständen sehe ich mich daher außerstande, meine Stimme für oder gegen diesen Haushalt abzugeben, da diese Stimme sicherlich nicht in der öffentlichen Wahrnehmung eine Stimme für oder gegen den Haushalt wäre, sondern als Stimme für oder gegen diese Landesregierung interpretiert würde.

LEITNER (Die Freiheitlichen): Geschätzter Herr Landeshauptmann! Der Bericht zum Haushaltsvoranschlag 2014 umfasst gerade einmal neun Seiten, aber Sie haben selber richtigerweise gesagt - es ist nicht lange her, dass Sie das Regierungsprogramm vorgestellt haben -, dass Sie nicht den Anspruch erheben, dass es ein staatstragendes oder philosophisches Arbeitsprogramm ist, sondern es im Bewusstsein geschaffen worden ist, die Aufgaben, die auf uns zukommen würden, mit Engagement, Fleiß, harte Arbeit, Demut und Bescheidenheit bewältigen zu können. Das kann man nur unterstreichen.

Wir haben uns gefreut, dass Sie den Mut haben, vom bisherigen Prinzip der Gießkanne abzugehen. Das war schon in der Regierungserklärung zu hören. Wenn man sich die Diskussionsbeiträge der Freiheitlichen der letzten Jahre anschaut, dann geht die Politik der Haushaltsgestaltung in diese Richtung. Mir hat Ihr Plädoyer für die Eigeninitiative, für die Selbstverantwortung auch der Menschen gut gefallen. Ich glaube, das ist ein richtiges Element in der Südtiroler Politik, das wir notwendig brauchen, weil diese in der Vergangenheit – hier ist es auch angekündigt oder bereits gesagt worden – viel zu viel auf den Verlass auf Beiträgen usw. ausgerichtet war. Jetzt haben wir einen Beitragsstopp in der Landwirtschaft und das soll auch in anderen Wirtschaftsbereichen folgen. Wenn man Ihrem Bericht Glauben schenken kann, dann sind 350 Millionen Euro an noch nicht erfüllten Beitragsversprechen in Bearbeitung; diese haben sich also angehäuft. Das heißt, dass man von vornherein einen großen Klotz am Bein hatte, um diese Altkosten irgendwo wegzubringen. Es ist uns klar, dass man eine Neuausrichtung dieser Politik nicht in einem einzigen Haushalt erledigen kann, sondern dass es dafür auch längere Zeit braucht.

Wir sind gerne bereit, Ihnen auch diesen Vertrauensvorschuss zu geben – es ist schon von meinem Kollegen Blaas gesagt worden -, aber die Verknüpfung einer Zustimmung zum Haushalt mit einem Vertrauen in einer Sache wie der Rentengeschichte mag, aus Ihrer Sicht, ein geschickter Schachzug sein, sie ist aber politisch nicht zulässig, und ich sage auch warum. Wir machen hier einen ganz großen Fehler. Das Gesetz – Riccardo Dello Sbarba hat es ausführlich geschildert – hat nicht der Südtiroler Landtag gemacht, sondern der Regionalrat. Ich bin kein Befürworter der Region, das wissen wir alle, denn ich habe unzählige Anträge gestellt, die Region abzuschaffen. Ich habe zu diesem Haushalt wiederum eine Tagesordnung eingebracht dahingehend, dass wir als Land endlich die Zuständigkeit über die juristisch-ökonomische Behandlung der Abgeordneten übernehmen. Das ist unsere Zuständigkeit.

Wir haben zwei Gutachten aus dem Jahre 2001 im Zusammenhang mit der Verfassungsänderung und mit dem Verfassungsgesetz von 2001, Nr. 2. Beide Gutachten sagen klar und deutlich, dass die Zuständigkeit über die juristisch ökonomische Behandlung der Landtag hat und nicht mehr der Regionalrat, weil wir seit 2003 nicht mehr als Regionalratsabgeordnete gewählt werden, sondern als Landtagsabgeordnete. Ich sage es deshalb, denn wenn der Südtiroler Landtag sich zu diesen Themen in diesem Umfang äußert wie er es gerade tut, er dann auch die Zuständigkeit dafür übernehmen soll, denn dann ist es richtig. Aber wir reden hier über ein Gesetz, das der

Regionalrat gemacht hat und scheinbar wieder machen soll. Dann frage ich mich, mit welcher Selbstverständlichkeit man es damit verbindet. Es steht auch einem Landeshauptmann selbstverständlich frei, einen Gesetzentwurf vorzulegen, das wäre ja noch schöner, aber wenn ich in der Zeitung lese – derzeit wird sehr viel über die Medien geschimpft, denn die Medien schimpfen über uns und wir schimpfen über die Medien; offensichtlich verstehen wir uns gegenseitig nicht, das muss ich ganz einfach feststellen -, dass Sie dem Regionalratspräsidenten Anweisungen geben, irgendetwas zu tun, dann steht Ihnen dies, Herr Landeshauptmann, mit Verlaub nicht zu! Anweisungen kann der Präsident einer Institution, die gesetzgeberisch tätig ist, von einem ausführenden Organ niemals bekommen.

Noch einmal. Ich weiß, dass nicht alles, was in der Zeitung steht, auch stimmt und auch so gesagt wurde, aber mit solchen Aussagen schlägt sich der Bürger draußen herum. Viele Sachen wurden geschrieben, die bei Haut und Haaren nicht stimmen, aber das spielt jetzt offensichtlich keine Rolle. Wenn wir in der ganzen Renten-debatte eine sachliche Diskussion führen, dann müssen wir sie führen, das ist überhaupt keine Frage. Was Riccardo Dello Sbarba gesagt hat, kann ich deshalb unterstreichen, aber, wie gesagt, im Regionalrat wurde das Gesetz unter ganz klaren Prämissen gemacht. Wer sich die Protokolle nachliest, der kann sich jetzt wieder daran erinnern. Es mag sein, dass man damals vielleicht zu wenig hingehört hat, zu wenig aufmerksam war, aber wir haben darauf vertraut, weil gesagt worden ist, dass die "goldenen Pensionen" und die Gelder drastisch gekürzt werden, dass die Leibrenten abgeschafft werden und dass dann noch Geld für das Familienpaket übrig bleibt. Deshalb frage ich, aus der heutigen Sicht, alle, die jetzt kritisieren, mit welcher Begründung man gegen dieses Gesetz hätte sein sollen. Sonst hätte man uns sicher vorgeworfen, dass man nicht sparen wolle.

Ich erwarte mir jetzt nicht von der Regierungsbank hier aus, aber immerhin vom Regionalratspräsidium eine klare Gegenüberstellung, was die alte Regelung gekostet hat, was sie jetzt kosten würde und was die neue kostet. Das muss doch möglich sein, und dann wird man sehen, ob gespart wird oder nicht! Alles andere ist ein Aufbauen von Dingen, weil man nur mehr das Interesse gehabt hat, die Liste zu veröffentlichen um zu sehen, wie viel die einzelnen Abgeordneten bekommen. Dass die Leute darüber erschreckt sind, braucht keinen zu wundern. Auch ich sage, die Verfehlung, die man uns wenschon vorwerfen kann, ist die, dass wir bei der Ausführung nicht mehr hingeschaut haben, aber wir waren sicher in keinem Regionalratspräsidium, haben keinen einzigen Beschluss mitgetragen und wurden auch über keinen informiert. Das muss man schon in aller Deutlichkeit sagen. Das heißt nicht, dass wir nicht die Verantwortung gehabt hätten, vielleicht einmal nachzufragen. Das mag sein, und diese Kritik lasse ich mir gerne gefallen, aber in diesem Zusammenhang etwas für die jüngeren Kollegen, die das nicht wissen können: Der Unterfertigte hat am 21. Februar 1994 im Regionalrat den Antrag gestellt, die Leibrenten abzuschaffen und die Gehälter um 20 Prozent zu senken. Warum sind diese hohen Zahlen herausgekommen? Weil wir so hohe Bruttogehälter hatten. Wir hatten 14.000 Euro Bruttogehalt. Ich habe den Leuten immer gesagt, wenn wir 20 Prozent reduzieren würden, wären wir bei einem vernünftigen Maß. Wenn Sie, Herr Landeshauptmann Kompatscher, jetzt vorschlagen, dass der Politiker ein anständiges Gehalt haben und sich selber versichern soll, dann habe ich dies bereits 1994 gesagt. Das können Sie nachlesen. Da bin ich voll bei Ihnen. Ich bin jetzt selber jemand, der in der Öffentlichkeit geprügelt wird, als ob ich diese Regelung erfunden hätte, ich, der nachweislich über Jahre immer wieder Anträge gestellt hat. Der erste Antrag, der in der letzten Legislatur 2008-2013 behandelt wurde, war jener der Freiheitlichen Fraktion dahingehend, die Gehälter um 20 Prozent zu senken. Er war vielleicht auch ein bisschen der Abtrieb, dass man irgendetwas gemacht hat. Man soll jetzt eine neue Regelung machen, denn wenn Geld zurückzuzahlen ist, dann ist dies auf institutionellem Weg mit einem Gesetz zu machen, damit Klarheit herrscht. Diese Klarheit braucht es in diesem Zusammenhang auch in der Öffentlichkeit. Ich mache auch nicht die Rechnung bei jemand anderem, das mache ich nicht, aber ich lese heute, dass die Regionalregierung ihre Einkommen transparent darstellt. Dann lese ich, dass der Landeshauptmann 19.000 Euro brutto erhält. Gleichzeitig haben wir gehört, dass der ehemalige Ministerpräsident Monti einen Höchstbetrag von 13.800 Euro und für uns 9.800 oder 10.000 Euro vorgeschlagen hat. Wenn wir nicht imstande sind, den Menschen klar zu vermitteln, was zulässig und nicht zulässig ist, dann werden wir ein Problem haben.

Noch einmal. Mein Anliegen ist es, die Zuständigkeit in den Landtag zu bringen. Dann sind wir auch näher bei den Leuten. Wir sind auf jeden Fall den Menschen gegenüber verantwortlich, dass wir in diesem Bereich auch etwas tun, es kann aber nicht sein, dass es nur mehr eine einzige Diskussion in diesem Land gibt und dass die wirklich realen Probleme der Bevölkerung beiseite geschoben werden. Wir wollen auch, dass wieder zurückgekehrt wird, dass von anderen Problemen nicht abgelenkt wird. Keine Frage, das Problem ist zu lösen, transparent, klar und auch auf einer gesetzlich haltbaren Grundlage. Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen, weil wir sonst Gefahr laufen, dass jemand braver und besser sein will als der andere, und schlussendlich fällt die neue Regelung dann um, weil sie verfassungsrechtlich nicht haltbar ist. Das sollte man bei der ganzen Geschichte bedenken.

Zum Haushalt selber einige wenige Anmerkungen. Steuern senken ist in der Situation sicherlich das einzig Richtige, das ist wichtig. Wenn wir den Menschen das Geld in der Tasche lassen, dann brauchen wir es ihnen nicht in Form von Subventionen zurückzuzahlen. Das war immer meine Philosophie.

Es gibt Ansätze in diesem Haushalt. Aus unserer Sicht hätte man beim IRPEF-Freibetrag und bei der IRAP-Senkung mehr tun können, aber das geht in die Richtung, die auch wir wollen. Ich bedanke mich beim Landtag, der einen Antrag von uns angenommen hat, den regionalen IRPEF-Zuschlag nach Möglichkeit sobald als möglich grundsätzlich abzuschaffen.

Dass die Sozialpartner bei der Erstellung des Haushaltes eingebunden werden, ist sicherlich richtig. Ich denke, dass dies in der Vergangenheit auch geschehen ist, vielleicht aber nicht in diesem Ausmaß. Das ist aber sicher auch zu unterstützen.

Sie haben von einer Mandatsbeschränkung gesprochen. Sie haben dies auch in Ihrem Bericht erwähnt. Den entsprechenden Gesetzentwurf haben Sie bereits vorgelegt. Auch ich begrüße es, dass wir nicht mehr haushaltsfremde Artikel mit dem Haushalt verabschieden. Diesbezüglich hatten wir schon unmögliche Geschichten, wo man die entsprechenden Bestimmungen nicht findet, wenn man sie da suchen muss, wo man sie eigentlich nicht vermuten sollte. Das ist sicherlich in Ordnung. Hierzu hätte ich eine Frage: Gilt diese zeitliche Begrenzung zum Beispiel auch für den Generaldirektor des Sanitätsbetriebes und für die Bezirksdirektoren der Sanitätsbetriebe? Diese Frage wurde mir auch gestellt und ich möchte sie hier ganz einfach in diesem Sinne weitergeben.

Die Wirtschaft braucht Entlastung. Wir haben Jugendarbeitslosigkeit in einem Ausmaß wie wir sie nie hatten, und das ist sicherlich eines der größten Probleme, dem wir uns mit aller Entschiedenheit stellen müssen. Diesbezüglich gilt auch wieder: Wenn die Arbeitgeber Anreize haben, Leute anzustellen, dann werden sie es auch tun. Ein großer Hemmschuh sind derzeit die hohe Steuerlast, die Bestimmungen, die Bürokratie usw., dass Unternehmer nicht gerne Jugendliche anstellen und dass man lieber auf prekäre Arbeitsverhältnisse ausweicht, was gerade für junge Menschen ein großes Problem ist, weil sie dann auch in ihrer Rentenbiographie Probleme bekommen. Wenn sich jemand das Leben nicht organisieren, nicht planen kann, dann ist dies sicherlich keine gute Grundlage dafür, dass Menschen auch zufrieden und sicher leben können.

Wir haben einen Antrag gestellt, was beispielsweise den Technologiepark anbelangt - um bei der Wirtschaft zu bleiben -, dass man dessen Errichtung aussetzen möge. Hier wird sehr, sehr viel Geld investiert. Wir glauben einfach nicht daran, dass es sinnvoll ist, ein zentrales Gebilde zu errichten. Aus unserer Sicht wäre es vernünftiger, die Forschung in den Betrieben selber zu machen. Südtirol hat einige Betriebe, die sehr viel forschen, die mehr ausgeben als das Land, aber für die Kleinen wird das immer schwer sein. Da hilft auch ein Technologiepark wahrscheinlich nicht viel bzw. wir glauben nicht, dass das die Lösung ist.

Im sozialen Bereich – das wurde auch schon gesagt – haben wir derzeit große Schwierigkeiten. Auch ich möchte das Problem der Mietbeiträge ansprechen. Frau Landesrätin Stocker hat morgen einen Termin mit den Fraktionssprechern vereinbart, um über die Mietbeiträge im Zusammenhang mit der einheitlichen Einkommens- und Vermögenserklärung zu diskutieren, die derzeit viele Leute vor große Probleme stellt, vor allem alleinerziehende Frauen, aber nicht nur, die mehrjährige Mietverträge haben und denen über Nacht die Beiträge drastisch gekürzt bzw. sogar gestrichen worden sind. Dass man auch in diesem Bereich für mehr Gerechtigkeit zu sorgen hat, dass die Treffsicherheit zu erhöhen ist, wie man so schön sagt, ist auch für uns klar, aber es gibt hier sicherlich einige Beispiele, die Ihnen auch bekannt sind, bei denen man wahrscheinlich eine Nachbesserung machen muss. Ich weiß nicht, ob es möglich ist, zum Ausgangspunkt zurückzukehren, wie auch immer.

Noch einmal. Ich möchte nicht, dass man die Schwindler belohnt, denn diese gibt es auch in diesem Bereich, aber dass man jene, die unter die Räder kommen und nicht mehr wissen, wie sie die Mieten zahlen sollen, nicht beiseite schiebt.

In der Sanität erleben wir derzeit, dass sich die Landesregierung und die Verantwortlichen des Sanitätsbetriebes die Schuld gegenseitig zuschieben dahingehend, wer nicht imstande ist einen Haushalt zu erstellen. Ich habe geschmunzelt, wenn ich heute gelesen habe, dass sich Generaldirektor Fabi von der Landesregierung eine Antwort erwartet. Die Landesregierung erwartet sich aber von Fabi eine Antwort. Ich weiß nicht, wer hier wen an der Nase herumführt oder nicht imstande ist, eine Auskunft zu geben. Wie gesagt, wir sind natürlich auf das angewiesen, was wir hier auch ... Ich nehme an, dass dies kein Aprilscherz ist, weil man heute, am 1. April, auch damit rechnen muss, in die Falle zu tappen, wie es Kollegen Dello Sbarba ergangen ist. Dies könnte ja der Fall sein.

Die grundsätzliche Diskussion wird uns weiterhin verfolgen. Wir haben in Südtirol sieben Spitäler, 20 Sprengel und Sprengelstützpunkte. Ich habe es oft gesagt. Das ist eine tolle Geschichte, die Frage ist nur, wie lange wir uns dies leisten können. Ich bin ein Befürworter, dass die kleinen Spitäler erhalten bleiben, nicht nur

wegen der sanitären Dienstleistungen, sondern vor allem deshalb, weil sie auch ein Wirtschaftselement in der entsprechenden Region, im entsprechenden Raum sind. Das Spital in Innichen und jenes in Sterzing haben auch einen enorm wichtigen Wirtschaftsfaktor, das darf man nicht unterschätzen, aber eine Frage sei mir erlaubt, was die Geburtenabteilung angeht. Wir haben die Regelung, dass, wenn 300 Geburten nicht erreicht werden, die Abteilung geschlossen werde oder die Gemeinden des Einzugsgebietes sich an den Kosten beteiligen müssten. Das hat es einmal geheißen. Ich wünsche, dass jede Frau des oberen Pustertales in Innichen entbinden kann, aber eine Frage muss dann schon erlaubt sein, bzw. wir bekommen die Frage gestellt: Ist es für eine Frau aus Olang, aus Toblach erheblich, ob sie nach Innichen oder nach Bruneck fährt, wenn alle die Zeit finden, nach Sterzing zu fahren, um eine Wassergeburt beispielsweise zu machen? Ich sage es jetzt ein bisschen ironisch, weil ich solche Fragen auch gestellt bekomme, und ich denke auch andere. Was will ich damit sagen? Ich bin schon dafür, dass die kleinen Strukturen erhalten bleiben, aber es muss irgendwo auch die Verhältnismäßigkeit gegeben sein. Man muss auch Fragen zulassen, die die Leute ganz einfach in diesem Zusammenhang stellen.

Energie. Es geht um die Expertenrunde, die eingerichtet worden ist. Ich habe unlängst eine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Man hat darauf verwiesen, dass die Expertenrunde schon eine gewisse Arbeit geleistet hätte, aber ich hätte schon gerne eine Auskunft darüber, was mit den Gerichtsverfahren geschieht, die derzeit behängen. Wir haben das Damoklesschwert von über einer Milliarde an Forderungen über uns hängen. Wenn es ganz schlimm kommen sollte, das hoffe ich aber nicht, dann möchte ich wissen, wie man damit umzugehen denkt und was der aktuelle Stand ist. Das würde mich in diesem Zusammenhang schon interessieren. Die ganze Geschichte um die SEL usw. wurde jetzt aufgrund von anderen Diskussionen, die wir in der Öffentlichkeit hatten, verdrängt.

Ich möchte noch ein Thema ansprechen - und das muss uns immer interessieren -, und das ist die Zukunft unseres Landes. Was den Autonomiekonvent angeht, frage ist mich, ob er auch ergebnisoffen ist, ob man auch über Dinge redet, die vielleicht über die Autonomie hinaus gehen, über die mögliche Unabhängigkeit, oder wird man von vornherein eine Grenze ziehen und sagen, dass man im Bereich der derzeitigen Autonomie versuche, mehr auszugestalten, Vollautonomie und dergleichen? Ich glaube, dass wir gut daran täten, uns gerade auch in Hinblick auf die europäische Entwicklung wirklich Gedanken darüber zu machen, ein eigenständiges Land zu werden. Jetzt wäre, glaube ich, der richtige Zeitpunkt, ernsthaft darüber nachzudenken.

Wir erleben, was derzeit im Staat geschieht. Sie, Herr Landeshauptmann, haben in Ihrem Bericht gesagt, dass derzeit neu verhandelt werde, und zwar möchte man sich nicht nur mit einem einfachen Gesetz abspeisen lassen, sondern mit einer verfassungsrechtlich haltbaren Vereinbarung oder was weiß ich was hier kommen soll. Wir werden uns dies genau anschauen, denn was das Mailänder Abkommen angeht, haben Sie gesagt, dass wir zwar in allen Punkten Recht bekämen, der Staat aber kein Geld habe. Das ist jetzt das Dilemma. Ich habe die Autonomie nie nur am Geld festgemacht. Das ist richtig, ohne Geld keine Musik, wie man es so schön sagt. Das gehört schon dazu, aber ich denke, dass wir es ein bisschen vergessen haben, auf das Wesentliche hinzuweisen, warum wir die Autonomie überhaupt haben, warum sie uns zusteht und was wir daraus machen.

Wenn derzeit im Staat darüber diskutiert wird, den Senat abzuschaffen, dann kann man grundsätzlich sagen, dass kein Staat in der EU so viele Abgeordnete wie Italien hat. Wenn man beide Kammern zusammenzählt, dann ist dies aus Kostengründen sicherlich eine richtige Maßnahme. Wenn man dann allerdings hört, wie die Besetzung des Senats erfolgen soll, dann hat das mit Basisdemokratie eigentlich nicht mehr allzu viel zu tun. Wenn ich mir aus der Distanz ein bisschen die Entwicklung der italienischen Politik unter Renzi anschau, dann unterscheidet er sich von Berlusconi eigentlich wenig in der Art Politik zu machen. Die beiden verstehen sich auch sehr gut. Gestern haben sich beide gegenseitig bedankt. Das ist auch eine interessante Facette der italienischen Politik! Das muss ja von vornherein nicht schlecht sein, aber der eine oder der andere könnte hellhörig werden und sagen, dass man Berlusconi jahrzehntelang verteufelt habe, dass es aber, wenn dieser jetzt plötzlich den Renzi lobt, den ihrerseits die Volkspartei lobt, passieren kann, dass sich einige nicht mehr recht auskennen. Wir werden sicherlich die Auflösung dieser Situation erfahren.

Abschließend wünsche ich mir, dass wir gemeinsam das Beste für dieses Land tun. Wir erkennen die neuen Ansätze in der Ausrichtung der Haushaltspolitik. Der Haushalt ist das Gestaltungsinstrument der Politik schlechthin. Wir sind in der Rolle als Oppositionspartei und werden alles sehr genau beobachten. Wir stimmen deshalb dem Haushalt nicht zu. Wir haben bisher immer gegen den Haushalt gestimmt, aber als Zeichen, dass wir das bisher Getane auch anerkennen, werden wir abwarten, ob unsere Anträge respektvoll behandelt werden, sage ich jetzt einmal, und unser endgültiges Stimmverhalten dann davon abhängig machen. Ich hoffe aber, dass wir in den nächsten Monaten aktive Politik für dieses Land und seine Menschen machen können.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Mit diesem Haushalt wollte man einen sogenannten Sparhaushalt beschließen, allerdings sind die Summen nach wie vor derart hoch ausgerichtet, dass man nicht gerade von einem Sparhaushalt sprechen kann. Gleichzeitig sollte es ein Entlastungshaushalt sein, denn in bestimmten Bereichen werden Entlastungen vorgenommen. Ich denke, dass gerade bei der IRAP immer noch nicht der richtige Weg beschritten wird. Wir machen jetzt innerhalb von drei oder vier Jahren die vierte oder fünfte IRAP-Senkung, ohne damit definitiv auch in diesem Bereich einen Vorteil für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erwirken. Auch die IRAP-Vorhaben der Landesregierung sind und gehen mir noch immer nicht in die richtige Richtung, aber beim IRPEF-Zuschlag bleibe ich dabei, dass es falsch ist, den Freibetrag auch für die Großverdiener zu beschließen, weil man damit die Klein- und Mittelverdiener die Freibeträge für die Großverdiener finanzieren lässt, und das ist nicht in Ordnung. Dabei bleibe ich. Ich denke, dass diese Entlastungsmaßnahme besser ausfallen könnte, wenn man die Freibeträge bei einer bestimmten Grenze, nämlich bei 70.000, 80.000 oder wo auch immer ansiedeln würde, aber nicht den Freibetrag durchgehend auch für Großverdiener vorsehen würde, denn wenn man ihn für die Großverdiener nicht vorsehen würde, könnte man für die Klein- und Mittelverdiener einen höheren Freibetrag vorsehen, der in jene Richtung gehen könnte, wie ich mir das immer vorstellen würde, nämlich die Einkommen bis 35.000 Euro generell zu befreien.

Ein revolutionärer Haushalt ist das nicht, denn für einen revolutionären Haushalt fehlen einige Punkte. Auch wenn Sie sich gerne als jemand verstehen, der mit dem alten System bricht, so fehlt auch da ein wesentlicher Punkt, und das ist zum Beispiel – das wird jetzt der Herr Präsident nicht gerne hören, aber es geht jetzt nicht mehr um Sie, sondern um eines der größten Geldfresserprojekte in diesem Land - der Flugplatz. Es ist volkswirtschaftlich das sinnloseste Projekt, ein nutzloses Projekt, das volkswirtschaftlich überhaupt nichts gebracht hat. Wenn Sie wirklich mit der vergangenen Politik hätten brechen wollen, dann hätten Sie sofort dieses Projekt nicht nur auf Eis legen, sondern definitiv versenken müssen, ein Eisloch machen und es dann darin versenken, denn das ist einer der projektmäßig größte Geldfresser in diesem Land und bringt keinen volkswirtschaftlichen Nutzen, und darum geht es.

Vielleicht – ich sage vielleicht – hatte die Idee irgendwann einmal einen Sinn und vielleicht hatte das Nachdenken über einen Flugplatz irgendwann einmal einen Sinn, aber wir haben dann über die Jahre gesehen, dass er nicht funktioniert und dass er nichts bringt. Ein Flugplatz mit jährlich 70.000 oder 80.000 oder mit wie vielen Fluggästen auch immer bringt nichts und mehr Fluggäste werden es nicht werden. Diesbezüglich kann man machen was man will. Wir haben über die Jahre hinweg die Grabenkämpfe auch politischer Natur gesehen, auch verschiedene Argumente wurden vorgebracht, auch von Umweltschützern. Ich habe immer wirtschaftliche Bedenken vorgebracht und immer gesagt, dass, wenn der Flugplatz funktioniert und volkswirtschaftlich einen Nutzen bringt, er weiter bestehen bleiben soll. Das tut er nicht, das hat er nicht getan, Herr Landeshauptmann, und das wird er nicht tun. Es wurde auch immer der Vergleich gemacht. Wenn wir einen Verlustausgleich zum Beispiel von 5, 6 oder 7 Millionen Euro im Jahr für den Flugplatz tätigen müssen, dann wurde, als Vergleich, gesagt, dass man diesen auch für die Vinschger Bahn tätigen müsse. Das mag schon sein, aber die Vinschger Bahn transportiert rund 1 Million Fahrgäste im Jahr und der Flugplatz vielleicht 70.000 und auch schon weniger im Jahr. Ich habe mir einmal die Zahlen geben lassen. Das steht in keinem Verhältnis und, volkswirtschaftlich gesehen, ist der Flugplatz kein Gewinn und das war er nie. Ich rede nicht davon, dass er als Flugplatz wirtschaftlich positive Zahlen erwirtschaften muss, das ist schon klar, denn eine solche Struktur wird das nie. Ebenso wie der öffentliche Verkehr an sich unterm Strich nie positive Zahlen schreiben wird, wird dies auch die Vinschger Bahn nicht, das ist schon klar, aber volkswirtschaftlich gesehen hätte er einen Nutzen bringen müssen, sei es für das gesamte Wirtschaftsgefüge als auch für den Tourismus wie auch immer. Das hat er nicht. Er hat gekostet, er kostet weiterhin, er kostet sogar, wenn er still steht. Wenn er still stand, kostete er – das sind die Zahlen, die mir von der Landesregierung übermittelt wurden – 300.000 bis 400.000 Euro im Monat. Das muss man sich einmal vorstellen: Auch wenn er still steht, kostet er, das ist mir klar. Das sind die Zahlen der Landesregierung. Ich habe eine Anfrage dahingehend gestellt, wie viel der Flugplatz auch beim Stillstand koste. Mir wurde gesagt, dass er im Monat 300.000 bis 400.000 Euro koste. Um Gottes Willen! Was soll ich Ihnen sagen? Mich hat dies auch gewundert. Diese Zahlen rühren von den Personalkosten, von den Sicherheitsmaßnahmen und, und, und her. Er kostet halt. Dann kommen die jährlichen Verlustausgleiche, die ständigen Kapitalaufstockungen insgesamt gesehen wie auch immer. Da gibt es unterschiedliche Zahlen. Auf der einen Seite spricht man davon, dass der Flugplatz bisher zwischen 60 und 70 Millionen Euro gekostet hat. Ich denke, dass es um die 70 Millionen Euro sein müssten, aber es ist ein Projekt, das wirklich versenkt gehört, und zwar jetzt versenkt gehört, denn dies ist ein Umstand, den wir so nicht weiter tolerieren können.

Wir können nicht jährlich – wir sprechen hier über den Haushalt – ... Vielleicht gemessen am 5-Milliarden-Euro-Haushalt ist es nicht die große Summe, aber es ist eine Summe, mit der wir viele andere Dinge finanzieren könnten. Wenn wir Haushaltspolitik betreiben und schon einen Kassensturz machen wollen, dann muss dies auch auf den Tisch. Das ist nun mal ein Projekt, das Geld frisst und volkswirtschaftlich nichts bringt, basta. Das muss die Landesregierung doch auch irgendwann einmal einsehen. Man kann nicht hergehen, wie es im Wahlkampf getan wurde, und versprechen, dass man eine Volksabstimmung über den Flugplatz machen werde. Eine Volksabstimmung über was? Über ein Projekt, das volkswirtschaftlich ein Nonsens ist? Wenn es ein volkswirtschaftlicher Nonsens ist, dann wird die Landesregierung hoffentlich imstande sein, dieses Projekt selbst zu versenken. Um das Projekt zu versenken, brauche ich nicht das Volk zu befragen, denn das Volk will den Flugplatz nicht. Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen.

Es gibt auch noch andere Bereiche, bei denen man noch nicht imstande war, einen Kassensturz zu machen oder noch nicht imstande war, einen Schnitt zu machen. Ich lese heute, dass das Wohnbauinstitut reformiert werden soll. Wir haben jahrelang leerstehende Wohnungen – es sind 500, 600, 700, 800 Wohnungen, das sind die offiziellen Zahlen, die mir vom Wohnbauinstitut mitgeteilt worden sind - und das sind Verluste in Millionenhöhe. Für all diese Wohnungen wären letztlich die Mieten bezahlt worden, wenn sie vergeben worden wären. Man hatte über Jahre hindurch immer wieder die Problematik mit den neuen Sicherheitsbestimmungen, mit dem Staatsgesetz usw. Diese Problematik dauert jetzt sieben Jahre an und diesbezüglich wurde nichts getan. Ich spreche die gesamte Landesregierung an: Es ist zu wenig, wenn Ihr jetzt ankündigt, dass heuer 500 Wohnungen saniert werden. Wo denn? Wann werden diese heuer noch saniert werden? Glauben Sie das wirklich? Dies haben wir jedes Jahr gehört.

Das Wohnbauinstitut ist eine Hilfskörperschaft des Landes, so steht es im Gesetz. Das Wohnbauinstitut verwaltet ein immenses Vermögen – es sind, glaube ich, über 13.000 Immobilien, und zwar nicht nur Wohnungen, sondern auch ein paar Geschäfte - mit einem Jahresbudget – die Zahl kenne ich jetzt nicht – um die 250 Millionen Euro. Kann das sein? Das ist ein immenses Vermögen. Es ist im Prinzip eine Hilfskörperschaft, die im Auftrag der Landesregierung eine gewaltige Summe verwaltet. Wissen Sie, welche Reform es beim Wohnbauinstitut wirklich bräuchte? Die Führung austauschen! Das haben wir schon vor zwei oder drei Jahren verlangt. Im Untersuchungsausschuss des Landtages, damals unter dem Vorsitz des Kollegen Pichler Rolle, wurde mit Zustimmung der Mehrheit erklärt: Bitte, um Himmels Willen, tauscht die beamtete Führung aus! Diese Forderung wurde auch begründet. Nein, der Vertrag wurde verlängert! Da braucht es mehr als nur zu sagen: Wir werden 500 Wohnungen sanieren. Im Prinzip, so wie es jetzt funktioniert, wäre ich sogar der Meinung, dass man das Wohnbauinstitut ohne weiteres auflösen und die Aufgaben direkt von der Landesverwaltung wahrnehmen lassen könnte. Warum nicht? Wenn man diesen Schritt gehen würde, dann würde die Landesregierung auch einmal direkt die Verantwortung tragen müssen, denn das Interessante war immer – ich spreche hier nicht nur von Ihnen, Landesrat Tommasini -, dass man, wenn man eine kritische Anfrage in Sachen Wohnbauinstitut gestellt hat, die Antwort vom Wohnbauinstitut erhalten hat. Diese wurde direkt über den Landesrat weitergeleitet und die Landesregierung hat gesagt, dass sie das Wohnbauinstitut beantworten würde. Was macht das Wohnbauinstitut? Das Wohnbauinstitut ist nicht die SEL, die immerhin noch eine privatrechtlich organisierte Gesellschaft mit großer Mehrheitsbeteiligung des Landes ist, sondern ist, wie gesagt, eine Hilfskörperschaft des Landes und sonst gar nichts. Die Landesregierung ist voll bzw. wäre voll verantwortlich für das Wohnbauinstitut. Was da aber über die Jahre hindurch passiert ist, ...

Wir haben in der Öffentlichkeit immer wieder über die Fehler in der Baustruktur gelesen, über Bauten, die nach zehn, fünfzehn und zwanzig Jahren wieder saniert werden mussten, weil sie so gebaut wurden, dass sie aufgrund der Witterungsverhältnisse danach fassadenmäßig so in dieser Form gar nicht mehr duldbar, ertragbar und auch sicherheitstechnisch nicht mehr tragbar waren. Da gab es Leute, die innerhalb des Wohnbauinstitutes darauf aufmerksam gemacht haben. Diese wurden vom Wohnbauinstitut hinauskomplimentiert, weil sie unbequeme Wahrheiten vermittelt haben, wie zum Beispiel Ing. Del Monego, den wir alle kennen und der mit großer Sachkenntnis immer wieder ganz sachlich, ganz klar, auch intern, darauf aufmerksam gemacht hat. Da hört man nicht zu, sondern komplimentiert die Leute hinaus, die nichts anderes tun als intern zu sagen, dass man der Meinung wäre, dass dieses und jenes reformiert gehörte, dass man dies oder jenes ändern müsste, dass man hier und dort ansetzen müsste. Wenn Sie an eine Reform des Wohnbauinstitutes denken, dann hoffe ich, dass Sie auch daran denken, dass solche ganz sachlich vorgebrachte Anmerkungen ... Vielleicht sind sie richtig, vielleicht sind die falsch, das kann ich nicht beurteilen, weil ich kein Fachmann in dem Bereich bin. Diese kritischen Anmerkungen, die wir, Mehrheit und Opposition, in der vergangenen Legislatur erhalten haben, waren immer so abgefasst, dass sie wenschon in Teilen nur stichhaltig sein mussten. Man kann darüber auch unterschiedlicher Ansicht sein, aber ich denke, wenn wir ein System wie das Wohnbauinstitut über Jahre, Jahrzehnte hindurch so un-

verändert belassen, auch berechnete Kritiken nicht anerkennen und erst jetzt hergehen und sagen, dass man das Wohnbauinstitut reformieren und heuer 500 Wohnungen und wie viel auch immer sanieren würde, dann muss an der Wurzel angesetzt werden. Dann muss ganz klar in die Richtung gegangen werden, dass wir es weiterhin nicht dulden können, dass es Strukturen sind, die gegen jede Art von Ratschlag und Kritik resistent sind.

Lesen Sie und auch Sie, Herr Landesrat, im Bericht des Untersuchungsausschusses nach. Wenn wir einen Verantwortlichen des Wohnbauinstitutes, nämlich den Generaldirektor haben, der in den Untersuchungsausschuss kommt und sobald wir ihm eine Frage stellen, sagt, dass er dafür nicht zuständig sei, dann denke ich mir, um Gottes Willen! Dann stellen wir ihm noch eine Frage, worauf er antwortet, dass er auch dafür nicht zuständig sei. Dann stellen wir ihm eine weitere Frage, worauf er antwortet, dass er dafür auch nicht zuständig sei. Dann stellen wir ihm eine nächste Frage. Darüber wisse er nichts, weil er dies nicht bearbeitet habe und, und, und. Irgendwann einmal ist dann dem früheren Kollegen Pichler Rolle der Krage geplatzt, der den Generaldirektor gefragt hat, für was er im Wohnbauinstitut denn überhaupt zuständig sei. Der Generaldirektor muss ja nicht über alles Bescheid wissen und ist nicht für alles zuständig. Das ist nicht immer ein Qualitätsmerkmal. Kollege Noggler, Vinschger zu sein, ist sehr oft ein Qualitätsmerkmal. In diesem Falle wage ich die Behauptung, dass es nicht unbedingt ein Qualitätsmerkmal ist, aber es geht hier nicht um die Person, denn die Person an sich kann ausgetauscht werden, wenn wir mit ihr nicht zufrieden sind. Das hätte schon lange geschehen müssen und das sollte geschehen, aber es geht nicht nur darum, sondern darum, dass die gesamte Struktur etwas schwerfällig geworden ist. Man hat über die verschiedenen Aspekte in diesem Bereich diskutiert. Es ist nicht ein kleiner Bereich, denn es ist, wie gesagt, eine Verwaltung, die ein immenses Vermögen verwaltet und ein hohes jährliches Budget hat. Wenn wir über Jahre hindurch Hunderte von Wohnungen leer stehen haben, dann sind das Millionen von Euro, die nicht an Mieten über die vermieteten Wohnungen eingenommen werden. Dann sind das Millionen von Euro, die der öffentlichen Hand entgehen. Dann sind das natürlich auch eine ganze Reihe von sonstigen Problemen, die damit verbunden sind, wenn wir wissen, wie viele Leute Wohnungen bräuchten. Über Teilaspekte dieses Haushaltes können wir dann im Rahmen der Artikeldebatte diskutieren.

Noch eine kurze Anmerkung zur sogenannten Vertrauensfrage. Ich will Ihnen nicht zu nahe treten, aber ein Landeshauptmann weiß entweder, dass er das Vertrauen der Mehrheit des Landtages hat, oder er weiß es nicht. Wenn er danach fragen muss, dann hat er, denke ich, das Vertrauen nicht. Danach sollte man nicht fragen müssen. Dennoch haben Sie gefragt, wobei wir alle wissen, dass es, wenn wir die Geschäftsordnung aufmerksam durchlesen, diese Vertrauensfrage, Herr Präsident, gar nicht gibt. Wir wissen, dass der Haushalt ohne qualifizierte Mehrheit genehmigt werden kann. Er braucht mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen. Er könnte sogar mit weniger Ja-Stimmen als Stimmenthaltungen genehmigt werden, trotzdem wäre er immer noch genehmigt. Wenn wir die Geschäftsordnung aufmerksam durchlesen, dann gibt es auch die Geheimabstimmung nicht mehr, außer bei Personenwahlen.

Jetzt frage ich mich in diesem Zusammenhang, ob wir, nachdem wir die Geheimabstimmung als obsolet erklärt haben, ... Im Absatz 1 des Artikels 75 der Geschäftsordnung - und ich meine es schon ernst, Herr Präsident - steht, dass die Willensäußerung der Abgeordneten bei der Abstimmung mit ja, nein oder mit einer Enthaltung geschieht. Das geschieht offen durch Namensaufruf oder geheim. Letztere, nämlich die geheime Abstimmung wird nur angewandt, sofern über Personen abgestimmt wird. Jetzt haben wir noch den Artikel 80, der die geheime Abstimmung regelt, in dem in den Absätzen 1, 2, 3, 4, 5 und 6 die Modalitäten der geheimen Abstimmung definiert werden und erst im Absatz 7 steht, dass, wenn die Geheimabstimmung die Wahl von Personen zum Gegenstand hat, die entsprechenden Namen auf dem Stimmzettel usw. zu schreiben sind. Jetzt geht man davon aus, dass es in der Geschäftsordnung keine Geheimabstimmung mehr gibt, außer wenn es eine Personenwahl gibt. Das kann ich nachvollziehen, aber die Geheimabstimmung ist in der Geschäftsordnung wenigstens erwähnt. Eine Vertrauensabstimmung ist dort überhaupt nicht erwähnt. Jetzt denke ich, dass wir, wenn wir akzeptieren, dass es in Verbindung mit dem Haushalt eine Vertrauensabstimmung geben sollte, auch als Fraktionssprecherkollegium einstimmig beschließen könnten, dass dazu eine Geheimabstimmung stattfindet. Das denke ich zumindest, denn das Fraktionssprecherkollegium kann mit einstimmigem Beschluss, in Abweichung der Geschäftsordnungsbestimmungen, in gewissen Fällen anderweitige Verfahrensweisen festlegen. Ich denke, dass wir das auch tun könnten, Herr Präsident, und auch tun sollten, denn wenn wir akzeptieren, dass dieser Haushalt an eine Abstimmung über Personen verknüpft wird, dann sollten wir das tun, was in der Geschäftsordnung mit einer Abstimmung über Personen verbunden ist, nämlich eine Geheimabstimmung anberaumen. Andernfalls muss man klar sagen, dass es keine Vertrauensabstimmung gibt und es absolut obsolet ist, darüber zu diskutieren. Entweder oder, denn beides geht nicht, Herr Präsident. Ich denke sehr wohl, dass wir, wenn wir akzeptieren, dass mit dem Haushalt das Aussprechen des Vertrauens an Personen geknüpft ist – hier geht es um den Landeshauptmann und um die

Landesregierung, die Personen sind - als Fraktionssprecherkollegium auf jeden Fall die Möglichkeit haben sollten - ob es dann vom Fraktionssprecherkollegium so festgelegt wird, entscheidet das Kollegium -, mit einstimmigem Beschluss zu diesem Gesetz auch eine Geheimabstimmung vorzusehen. Die korrekte Genehmigung des Gesetzes würde dadurch nicht in Frage gestellt, denn es wäre immer eine Abstimmung, die mit ja, nein oder mit einer Stimmenthaltung erfolgen würde. Wir könnten aber keine qualifizierte Mehrheit dafür vorsehen, weil das nicht möglich ist. Eine solche Änderung der Geschäftsordnung per Beschluss des Fraktionssprecherkollegiums wäre nicht möglich, aber wenn wir, um es noch einmal zu sagen, eine Abstimmung über Personen damit verknüpfen, sollten wir wenigstens die Möglichkeit haben in diesem Zusammenhang, wie es von der Geschäftsordnung vorgesehen ist, eine Geheimabstimmung durchzuführen. Dann wäre es eine richtige Abstimmung. Ansonsten bleibt es eine Farce.

PRÄSIDENT: Danke, Kollege Pöder. Auch wenn ich Ihren Ausführungen von der Logik her folgen kann, ist es so, dass in der Geschäftsordnung die Vertrauensabstimmung nicht vorgesehen ist und es somit auch nicht möglich ist, über den Haushalt geheim abzustimmen.

Das Wort hat Frau Kollegin Foppa, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Eigentlich wollte ich heute nicht Stellung nehmen und es ausnahmsweise meinen erfahreneren Kollegen überlassen, aber dann ich habe doch einiges gehört, das mich dazu bewegt hat, doch etwas zu sagen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): *(unterbricht)*

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Das stimmt gar nicht, ich habe mitgezählt, Kollege, aber schön, dass Sie jetzt auch zählen. Es hat sich schon was getan.

In mir ist heute - und ich bin immer noch etwas neu hier - etwas geschehen, was mir schon immer im Bozner Gemeinderat passiert ist, nämlich das Gefühl, in einer Selbsthilfegruppe gelandet zu sein. Das war auch heute wieder ein bisschen so. Natürlich habt Ihr - ich sage jetzt Ihr, die Ihr schon länger hier seid - viel gemeinsam erlebt und sicher viel gemeinsam gestritten. In einem Landtag gibt es so ein Klassenfeeling, aber dieses sich immer wieder und fast krankhaft Aufeinander beziehen, ist für jene, die später hinzukommt, fast nicht auszuhalten. Ich habe es im Bozner Gemeinderat immer erlebt und hier genau gleich. Wenn dann wieder die ganzen Beschlüsse von früher durchgewälzt werden, wird gesagt: Du bist hinausgegangen und ich habe beim dritten Absatz usw. ... Gerade das ist der Exzess dieses Selbstbezugs, den ich hier schon einmal angemerkt habe, mit einer "aggravante", mit einem Verschlimmerungsfaktor, dass man sich auch noch als Opfer sieht, und jetzt ist es ein wenig so. Natürlich ist hier etwas passiert. Das hat Reaktionen hervorgerufen. Diese Reaktionen waren zum Teil tatsächlich überzogen. Wenn es jetzt Leute gibt, die sich in unserem Land nicht mehr aus dem Haus getrauen, dann finde ich dies nicht richtig. Wie sich dann jede Person sieht, wenn sie am Morgen in den Spiegel schaut, ist etwas anderes, aber auf die Straße müssen sich alle und auch jene getrauen dürfen, die einen politischen Fehler begangen haben, das will ich gar nicht sagen. Sicher hat es auch Opfertendenzen gegeben oder Menschen, die das Recht oder das Gefühl haben, jetzt eins zu sein. Trotzdem weise ich ein weiteres Mal darauf hin, dass man hier immer von sich selber spricht, von sich selber in der Vergangenheit und von sich selber im eigenen System, und das ist, glaube ich, das Problem. Ich werde hier nicht nur immer auf die Männerkommissionen aufmerksam machen, sondern auch darauf.

Dieser Haushalt fällt in einen ganz besonderen Moment und es ist nicht ein normaler Haushalt. Der Haushalt an sich hat schon seine Besonderheiten. Darauf haben auch schon meine Kollegen hingewiesen, aber der Moment ist ein ganz besonderer - das hat der Landeshauptmann auch das letzte Mal stark betont - und das hat in diesem Moment eine ganz andere Emotionalität. Auch in mir als neue Landtagsabgeordnete ist eine ganz besondere Emotionalität und ich sage Euch, wie ich mich fühle. Vielleicht teile ich das Gefühl mit einigen von Euch, die auch erst seit kurzem hier sind, und zwar ist es das Gefühl der Trümmerfrauen. Es ist entschuldigt, verzeiht es, denn dahinter ist eine Kriegsmetaphorik, und Krieg ist viel schlimmer als all das, was passiert ist. Auch ein Skandal ist nie so schlimm wie ein Krieg, aber es ist etwas passiert, das von einigen ausgelöst wurde, und andere müssen jetzt die Trümmer zusammenklauen. Das ist einfach Fakt, und das macht mich auch zornig, und der Zorn ist nie eine gute Ratgeberin. Deshalb glaube ich, dass hier einige dieses Gefühl auch haben. Das kann man auch gar nicht so laut sagen, weil man sich dann entsolidarisiert, aber ich will mich ganz bewusst einen Moment entsolidarisieren. Auf jeden Fall sind es jetzt wir hier, die aufräumen müssen. Ich glaube, diese Aufräumaktion

braucht eine bestimmte Strategie und das ist das, was in den nächsten Monaten zu tun ist. Einmal gilt es aufzuräumen, und es ist so, dass man, wenn man den Schutt wegräumt und aufräumt, nicht weiß, was da alles noch zuwege kommt, und diese Angst haben viele. Ärger ist es aber, den Schutt wegzuräumen.

Jetzt geht es um ein neues Gesetz, und zwar ganz konkret um das Rentengesetz. Kollege Dello Sbarba hat unsere Vorstellungen dazu schon dargelegt. Dann geht es um den Wiederaufbau. Das ist das nächste, was zu tun sein wird. Ich glaube, dass drei Dinge bevorstehen, und das ist, erstens, ein tatsächlicher Weg nach mehr Transparenz. Vom Kollegen Pöder – er ist im Moment nicht hier – habe ich sehr lustig gefunden, dass er sich hier um geheime Abstimmungen bemüht. Ich glaube, dass wir uns vielmehr um transparentere Abstimmungen bemühen sollten. Ich habe erst kürzlich dem Landeshauptmann erzählt, dass ich letzte Woche hier herumgegangen bin und die Leute danach gefragt habe, wie sie über den Beschlussantrag betreffend die Pestizide in den Schulhöfen abgestimmt haben, weil dies die Umweltschutzgruppe Vinschgau wissen wollte. Das war aufgrund unseres Abstimmungsmodus natürlich nicht mehr zu rekonstruieren. Hier im Saal haben es die meisten nicht mehr gewusst, und das ist komisch. Es ist nicht so lange her, aber man hat es nicht mehr gewusst. Ich denke, dass es nicht sein darf, dass man nicht mehr weiß, wie man abgestimmt hat bzw. dass die Leute, die uns gewählt haben, von uns nicht wissen, wie wir in einem bestimmten Moment abgestimmt haben. Witzigerweise haben wir hier eine Video-Aufnahme, die uns zeigt, wenn wir reden, die aber nicht das Abstimmungsergebnis einblendet. Man sieht Präsident Widmann bzw. in diesem Moment seinen Stellvertreter. Das kann es nicht sein! Es bräuchte gar nicht so viel, wenn man das Abstimmungsverhalten jedes Abgeordneten einblenden würde, um uns selbst an die Verantwortung bei jeder einzelnen Abstimmung immer wieder aufmerksam zu machen, und nicht erst dann, wenn drei Abgeordnete dies beantragen, wie es die Geschäftsordnung vorsieht. Normal müsste es sein, dass ganz klar festgehalten wird, wer wie abgestimmt hat. Dies wäre ein kleiner Schritt zur Transparenz.

Ein zweiter Schritt – ich habe einen entsprechenden Beschlussantrag vorgelegt – ist, dass man die Beschlüsse der Landesregierung im Bürgernetz nicht nur ein Jahr lang, sondern permanent finden sollte, denn diese verjähren nicht, und Beschlüsse aufzufinden ist für eine Bürgerin ein kleines Kunstwerk. Habt Ihr es einmal versucht, noch bevor Ihr Profis geworden seid? Das ist gar nicht so einfach, und alte Beschlüsse findet man überhaupt nicht. Es gibt noch sicher sehr viele von diesen Möglichkeiten. Man sollte tatsächlich eine Transparenzoffensive vornehmen, alles überprüfen und alle Möglichkeiten schaffen, um unsere eigenen Entscheidungen nachvollziehbar, nachsehbar zu machen und uns auch an diese zu binden und nicht in einem kleinen Moment ganz schnell über etwas abstimmen und es dann vergessen. Das war auch mit ein Grund dafür, warum dieses ganze Schlamassel passiert ist. Vielleicht weil man sich nicht die Zeit genommen hat, die Dinge gut durchzuschauen und danach auch dafür geradezustehen. Das tut jetzt auch so weh.

Der nächste Punkt, der zur Behandlung anstehen wird, ist die Direkte Demokratie. Ich habe vor kurzem gelesen, dass die Alternativen direkte Demokratie oder Gewalt sind. Das hat mir große Angst gemacht. Ich glaube, so soll es nicht sein. Fakt ist, dass wir jetzt mit dem ganzen Thema der Direkten Demokratie – wir werden dieses bald im ersten Gesetzgebungsausschuss behandeln – in einer Sackgasse gelandet sind, aus der wir auch wieder heraus müssen. Diesbezüglich werden wir uns sehr zusammenreißen müssen - ich appelliere hier wirklich an die Mehrheit, die diesbezüglich recht trotzig unterwegs ist -, um einen Ausweg zu finden, der die Hoffnungen, die in diesem Moment auf dem Landtag ruhen, nicht zunichte macht. Ich schlage jetzt schon eine Mediation vor. Ich glaube, dass wir in der nächsten Zeit tatsächlich neue Strategien und Methoden brauchen, um in dieser schwierigen Situation nicht wieder nach den alten Mustern, wo dann wieder genau dieser Selbsthilfetatsch hineinkommt, zu verfahren, sondern neue Wege mit neuen Methoden beschreiten zu können. Überlegt Euch, ob wir für die Direkte Demokratie nicht eine Mediation in Erwägung ziehen sollten.

Dann geht es um den Konvent, der schon angesprochen wurde. Wir werden uns sicher noch ausgiebig damit befassen, aber Achtung, dieser Konvent ist tatsächlich eine große Chance, einen Neuanfang, auch was die politische Beteiligung angeht, zu setzen, nicht nur hier drinnen, sondern über dieses Haus hinaus. Mit 15 Personen, aus denen der Konvent zusammengesetzt sein soll, haben wir noch keine Verfassungsgebende Versammlung. Entweder habe ich den falschen Gesetzentwurf gesehen, ... Ich sehe Skepsis im Blick vom Landeshauptmann, aber mit 15 Leuten hat man nicht das Volk, ganz sicher nicht. Das ist das, was ich gesehen habe. Auf jeden Fall, Achtung, hier brauchen wir eine große und breite Beteiligung aller, die es möchten, und nicht nur eine neue, weitere von oben eingesetzte Kommission, die das Anliegen nicht löst. Wir werden dann hören, wie viele Personen vorgesehen sind.

Schließlich braucht es für eine Sicherung eines neuen Vertrauens auch eine neue Politik. Ich glaube, wir brauchen vor allem - und jetzt bin ich selbst auch selbstbezogen - ein neues Bild von den Politikern und Politikerinnen, von sich selbst, was sie bieten. Erstens einmal ein Bild von sich selbst als Politikerin oder Politiker auf-

zeigt. Ich glaube, dass man sich mit 15 Jahren Politik den Charakter leicht verdirbt, und zwar an der Macht, weil Macht den Charakter echt verschleißt - Wie oft haben wir dies bei anderen schon gesehen? – und weil auch Opposition zermürbt und verbittert, weil man sich Frust anhäuft und weil man schließlich immer nur in den eigenen Kategorien zu denken beginnt. Das passiert allen. Ich habe keine Ausnahme, liebe Eva, bisher gesehen.

Schließlich als eine Politik als Beruf auf Zeit und als Vertrag mit den Wählerinnen und Wählern. Politik als Akt der Verantwortung, und zwar für die eigenen Abstimmungen, wie schon gesagt, natürlich auch für das eigene Gehalt, immer mit dem Prinzip, das schon Kollege Dello Sbarba genannt hat: Im Zweifelsfall weniger. Aber ich glaube auch, ein Bild von sich selbst mit weniger Eitelkeit. Denkt man nach, wie die Politiker in den letzten Jahren immer in der Öffentlichkeit dagestanden sind, die Promis auf den Klatschseiten, die Ehrengäste bei den Bällen usw. Warum eigentlich? Warum ist man so etwas Besonderes? Das müssen wir uns auch einmal fragen. Warum können wir nicht einfach in unserer Rolle sein und diese Rolle nicht einmal als Bürger, als Mensch mit den eigenen Verletzlichkeiten und mit den eigenen Zweifeln ausführen? Ich glaube, wir würden nicht mehr so wie der Majestix oder Asterix sein, der auf seinem Schild herumgetragen wird und sich immer wieder um ganz besondere Gleichgewichte bemühen muss, weil er getragen wird. Die Bodenhaftung aber hat er total verloren, auch deshalb hat er Angst, dass ihm der Himmel auf den Kopf fällt. Ich glaube, dass es deshalb besser wäre, wieder herunter auf den Boden zu kommen. Nutzen wir diesen Moment, um dieses Bild von uns selbst zu korrigieren und mit beiden Füßen wieder auf den Boden der Realität und auf den Boden jener anderen zurückzukehren, die uns gewählt haben, und diesen Schritt zu machen. Vielen Dank!

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Den Begriff "Hohes Haus" lese ich übrigens sehr gerne. Im programmatischen Bericht steht auch der Begriff "Hohes Haus". Diesen Begriff habe ich die letzten fünf Jahre auch immer sehr gerne verwendet.

Kollegin Foppa, auch wenn ich in der Politik bin, möchte ich Ihnen sagen, dass ich die Bodenhaftung nicht verloren habe. Ich bin sehr viel unter dem Volk und sehr viel unter den ehrenamtlich tätigen Vereinen, sehr viel bei den Jahresversammlungen unserer Verbände Südtirols, aber dort sehe ich Sie leider nie. Die Bodenhaftung habe ich nicht verloren. Wer unter dem Volk ist, verliert sie auch nicht so schnell.

Ganz kurz. Herr Landeshauptmann, einmal geht es um den Konvent, den auch meine Vorrednerin angesprochen hat. Pius Leitner hat es, meines Erachtens, auch unterstrichen. Ich möchte es auch noch einmal unterstreichen. Der Konvent sollte für verschiedene Lösungen offen sein. Ich wäre enttäuscht, wenn wir einen Konvent machen würden, bei dem es nur um die Autonomie und dem Verbleib bei Italien geht. Ein Konvent sollte für mich auch bedeuten, dass man sagt, wohin wir Südtiroler aller drei Sprachgruppen gehen wollen. Dort sollten wir auch den Mut haben, die Unabhängigkeit zu besprechen und darüber zu diskutieren. In Europa bewegt sich jetzt sehr viel. Ich erinnere mich, dass Karl Zeller öfters gesagt hat, dass die Zeit nicht reif ist. Jetzt bewegt sich aber sehr viel auch in Italien selbst und die Zeit ist sehr wohl reif. Wir sind vielleicht eine Minderheit in Europa, die eine Autonomie hat. Ich glaube, es wäre enttäuschend, wenn eine in einem gewissen Sinn bevorzugte Minderheit nicht imstande wäre auch weiterzudenken und Vorbild für andere zu sein, die schon lange nach Unabhängigkeit streben. Ich sage, Unabhängigkeit immer für alle drei Sprachgruppen, ein Friedensprojekt, an dem wir alle drei arbeiten sollten. Aber die Frage ist, wo wir Südtiroler hin wollen und nicht, wie wir den Staat sanieren können usw. Wenn, dann muss man einen Konvent machen, der offen, frei und auch frei im Denken ist. Das scheint mir einfach sehr, sehr wichtig zu sein. Alles andere, glaube ich, wäre eine Enttäuschung. Das wäre vielleicht ein größeres Kaffeekränzchen, aber mir wäre eine offene Diskussion recht. Das steht uns auch zu und ist auch ein bisschen unsere Pflicht.

Zwei Sachen habe ich in Ihrem programmatischen Bericht nicht gefunden. Dies ist aber auch Ihr erster Bericht. Die Kollegen, die seit der letzten Legislatur hier im Hohen Haus sind, werden wissen, was jetzt kommt. Es ist der Landschaftsschutz und die Heimatpflege. Diese zwei Sachen habe ich nicht gefunden. Wir waren – auch Sie waren anwesend – am Montag auf der HGV-Landesversammlung. Dort hat ein deutscher Referent gesagt: Ihr Land ist sicherlich eines der schönsten Fleckchen Europas, wenn nicht der Welt. Er ist ein sehr bereister Mensch. Ich glaube, das stimmt auch. Und dafür sind sicherlich die Landschaft, der Erhalt der Landschaft, der Erhalt der alten Bausubstanz, der Erhalt von Traditionen und Kultur und auch der sensible Umgang mit der Landschaft ausschlaggebend. Deshalb kommen viele Menschen - ich glaube, es sind 6 Millionen oder sogar mehr im Jahr - nach Südtirol, um hier Urlaub zu machen. Ein bisschen ist es doch so, dass wir glauben, dass die Landschaft da ist und nichts schiefgehen könne. Dem ist, meines Erachtens, nicht so. Wir müssen immer wieder schauen, diese Landschaft zu pflegen. Hier meine ich nicht nur die Landwirtschaft, die die Höfe pflegt, sondern auch die Altbauten, die Ansitze usw., aber mir geht es auch um eine größere Sensibilität der Architekten bei Neubauten. Auch das ist

sehr, sehr wichtig. Wir erleben oft Bauten und Neubauten neben Altbauten, die, meines Erachtens, nicht harmonisch sind. Diesbezüglich fehlt mir meistens die Sensibilität. Wenn wir hier nicht aufpassen, dann werden wir diesen Reiz, den unser Land, Gott sei Dank, längerfristig – ich sage längerfristig – noch hat, verlieren. Ich bin überzeugt, desto mehr wir in die Heimatpflege und in den Schutz der Altbauten und der Landschaft investieren, desto weniger müssen wir der SMG Geld geben, damit sie Werbung macht, dass die Menschen zu uns kommen. Je mehr wir auf unser Land schauen, desto lieber werden die Gäste kommen, ohne dass man das Land stark bewerben muss. Heimatpflege ist nicht etwas Altes, ist kein alter Schinken, nicht etwas Verstaubtes, sondern ist jugendlich, modern und das wünschen sich nicht nur die Gäste, sondern auch die Einheimischen.

Ein Letztes, das ich in Ihrem programmatischen Bericht nicht gefunden habe, ist die Einwanderung. Ich habe darüber nichts gelesen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir in diesem Land über 40.000 Einwanderer haben. Wenn wir die Illegalen dazu zählen, dann werden es vielleicht über 50.000 sein. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass die Einwanderung ein europäisches und ein großes Problem ist, bei dem wir uns nicht abschotten können. Ich darf darauf aufmerksam machen, dass wir über 130 Nationen in unserem Land haben. Einwanderung betrifft mittlerweile die Kindergartenpolitik, Schulpolitik, Sozialpolitik, Kulturpolitik, Vereinspolitik, Sicherheitspolitik, sie betrifft also unser ganzes Leben und auch jenes der Einheimischen. Ich hoffe, dass dies ein Lapsus war, aber man kann Einwanderungspolitik nicht aus dem programmatischen Bericht eines Landeshauptmannes im Hohen Haus streichen. Das geht einfach nicht. Die Einwanderungspolitik durchstreift unsere ganzen Lebenssituationen und ist ein sehr wichtiges und auch ernstes Phänomen. Wie begegnen wir der Einwanderung? Wenn ich zum Beispiel in den Bussen oder in den Krankenhäusern immer mehr arabische Aufschriften sehe, dann ist dies für mich ein Fehlgriff, und das stört auch viele Einheimische, aber deshalb können wir nicht so tun, als gäbe es keine Einwanderungspolitik. Ich hoffe, dass in Zukunft dem Phänomen der Einwanderungspolitik, Herr Landeshauptmann - das ist Ihr erster Bericht -, sehr starke und große Aufmerksamkeit gegeben wird, weil ich sonst feststellen muss, dass wir in zwei verschiedenen Südtirol leben. Ich glaube, dass auch Sie, Herr Landeshauptmann, von dieser Problematik hören, gleich wie wir davon hören, aber dann müssen wir lernen, sie offen und ehrlich anzusprechen. Vielen Dank!

Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: ing. dott. Roberto Bizzo

PRESIDENTE: La parola al consigliere Köllensperger, ne ha facoltà.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Ich werde mich relativ kurz fassen.

Zum Haushalt. Er ist schlank und präzise. Nachdem ich die letzten Jahre nicht hier war, habe ich ihn mit jenem Ihres Vorgängers verglichen. Ich muss sagen, dass in diesem Sinne schon große Fortschritte gemacht worden sind. Dass keine haushaltsfremden Artikel darin enthalten sind, ist in der Tat ein Novum. Insgesamt ist der Haushalt gut geschrieben. Er geht vor allem für die kleinen und mittleren Unternehmen in Ordnung. Besonders freut uns die Linie, dass das Gießkannenprinzip endlich abgeschafft wird. Weniger Subventionen bei gleichzeitig weniger Steuern ist das, was wir uns immer gewünscht haben.

Es gibt einige Punkte, die uns noch nicht ganz klar sind, wie zum Beispiel die Dotierung mit so viel Geld des Wohnbauinstitutes. Wir möchten, dass dieses für Sanierungen vor allem im Klimaschutz ausgegeben wird und nicht für Neubauten. Das wurde zwar mündlich zugesichert, aber wir müssen noch sehen, ob dies effektiv so sein wird. In diesem Falle würde dieses große Budget auch für uns in Ordnung gehen, aber nicht für Neubauten.

Was für uns in die richtige Stoßrichtung geht, ist die Reduzierung der IRAP, genauso wie die "No-Tax-Area", die auch in die richtige Richtung geht, auch wenn man hier noch etwas schrauben könnte, aber die Stoßrichtung ist die richtige.

Was uns abgeht, ist die Anhebung der Mindestrenten. Ein Teil unseres Volkes ist dabei zu verarmen. Mir wurde vom Landeshauptmann bereits im dritten Gesetzgebungsausschuss erklärt, dass dies über eine Wohnkostennebenpauschale und auf andere Arten vorgenommen werden wird. Die Frage, die sich mir stellt, sind die Kosten, die dies mit sich bringen wird. Wie werden diese gedeckt, wo werden diese stehen? Aber die Stoßrichtung, wenn das passiert, ist die richtige. Auch diese Kritik kann somit entkräftet werden.

Das IMI-Gesetz wird am Freitag im Gesetzgebungsausschuss behandelt. Eine Bitte an Kollegen Tschurtschenthaler dahingehend, ob es möglich ist, eine Gegenüberstellung zu machen, und zwar von dem, welches die Beträge mit dem alten IMU-Gesetz waren und jene mit dem neuen IMI-Gesetz, wo hier die Unterschiede liegen, was dies insgesamt an Einnahmen bedeutet, was das auf Gemeindeebene oder auch für die Katasterkate-

gorie bedeutet. Das wäre interessant zu wissen, damit wir mit vollem Bewusstsein über dieses Gesetz abstimmen können.

Insgesamt begrüße ich den angekündigten Rückzug der öffentlichen Verwaltung aus allen Sektoren, die nicht von strategischer Bedeutung für die Bürger sind. Diese zentralen Sektoren sollen natürlich bei der öffentlichen Hand bleiben. Alles andere ist bei der Privatinitiative besser aufgehoben.

Was mir Sorge bereitet, ist das Weiterbestehen der Klientelpolitik in einigen Sektoren, die sicher noch zu eliminieren ist. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Investitionsentscheidungen absolut nicht beeinflusst werden von Kriterien, die nicht rational sind oder die nicht darauf ausgerichtet sind, den Bürgern oder den Unternehmen den größtmöglichen Nutzen zu schaffen. In diesem Sinne hoffe ich, dass auch dem Kapitel "Südtirol Finance" größere Transparenz gewidmet wird. Hier geht es um Investitionen und Investitionen sollen auch einen Gewinn oder einen Mehrwert bieten.

Verwaltungsapparat und Bürokratieabbau. Hier wurde bereits viel darüber diskutiert. Wie das genau zu funktionieren hat, werden wir noch sehen. Die Stoßrichtung ist auch hier die richtige.

Genauso begrüße ich, dass es keine Kürzungen in der Bildung und Berufsbildung gibt. Das ist absolut positiv.

Insgesamt werden wir in den nächsten Jahren dafür kämpfen müssen, dass es mehr Raum für Investitionen gibt. Das wird in den nächsten und übernächsten Jahren passieren. Das "Zero-Base-Budgeting" ist, denke ich, in diese Richtung auch der richtige Weg. Bei den Investitionen muss immer berücksichtigt werden, was sie für einen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen. Heute sind der Technologiepark, der Flughafen schon genannt worden. Ich schließe mich diesen Meinungen vollkommen an. Man kann auch das Bruttoinlandsprodukt erhöhen, indem man ein Loch buddelt, das man bezahlt, das Loch wieder zubuddelt und dies noch einmal bezahlt. Das ist volkswirtschaftlich sinnlos, auch wenn es sich rein in den Zahlen niederschlagen würde.

Im Gesetzgebungsausschuss habe ich mich bei der Abstimmung über diesen Haushalt der Stimme enthalten, weil ich ihn positiv finde. Ich habe mich enthalten, weil es nicht unser Produkt ist. Ich schließe es aber für die Zukunft gar nicht aus, wenn die Versprechen wahr gemacht werden, dass wir auch als Opposition im Sinne eines "Zero-Base-Budgeting" aktiv mitarbeiten können, dass ich auch einmal für einen Haushalt stimme. Damit hätte ich überhaupt kein Problem.

Andererseits aber fließen heute in diese Debatte auch Elemente ein, die mit dem Haushalt eigentlich nichts zu tun haben. Das kommt gerade durch diese etwas irrituelle Vertrauensfrage, die heute dieser Debatte ein anderes politisches Gewicht gibt.

Die haushaltsfremden Elemente, die mich betreffen, wo ich noch etwas mehr bräuchte, um mich zu einer Zustimmung oder zu einer Enthaltung durchzuringen, gehen vor allem in jene Richtung, ob jetzt in der Angelegenheit der Leibrenten definitiv aufgeräumt wird. Wir haben einen Gesetzesentwurf eingebracht und wir möchten, dass dieser zumindest ernsthaft geprüft wird. Bis jetzt scheint es mir aber nicht so zu sein.

Wir wissen, dass auf den Bänken – Kollegin Foppa hat es angesprochen – das Volksbegehren der "Initiative für mehr Demokratie" liegt. Wir möchten, dass auch hier nicht auf Zeit gespielt wird. Ich glaube, es wäre ein Friedensangebot an die Bevölkerung, wenn man ihr heute mehr Initiativrecht, aber vor allem mehr Kontrollmöglichkeiten durch Referenden gibt, damit sich die Leute mehr eingebunden fühlen können, wenn sie das wollen. Das wäre ein Friedensangebot und das wäre für mich ein großer Schritt nach vorne.

In diesem Sinne und auch im Sinne von mehr Einbindung, mehr Partizipation hoffe ich, dass in Sachen Autonomiekonvent eine Lösung ins Auge gefasst wird und die Mitglieder dieses Autonomiekonvents nicht ernannt, sondern eventuell von den Bürgern direkt gewählt werden.

In diesem Sinne, sollte ich positive Rückmeldungen erhalten, gerade was diese Punkte, die für mich so wichtig sind, anbelangt, könnte ich mich durchaus umstimmen lassen. Ich werde mich heute - und das hat nichts mit meiner persönlichen Wertschätzung dem Landeshauptmann gegenüber zu tun - für dieses Vertrauen nicht aussprechen, obwohl ich den Haushalt positiv loben kann und mich, was diesen anbelangt, auch enthalten würde. Danke!

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann

PRÄSIDENT: Das Wort hat der Abgeordnete Renzler, bitte.

RENZLER (SVP): Für mich ist es auch das erste Mal, dass ich einen Haushalt bewerten kann. Ich muss sagen, dass ich angenehm überrascht bin und vor allem freut mich besonders eine Aussage in der Regierungserklärung des Landeshauptmannes, wo er sagt: *"Das übergeordnete Ziel, das ich in meiner Regierungserklärung ausgegeben hatte, war jenes, dass die einzelne Bürgerin/der einzelne Bürger in den Mittelpunkt und der Arbeit gerückt werde. Dem Individuum wollten und wollen wir mehr Freiraum verschaffen, dem wir auch mit einem Mehr an Verantwortung verknüpft sehen wollen."* Es war eine sehr große und inhaltlich sehr, sehr wichtige Aussage, die den neuen Regierungsstil klar definiert. Der Bürger im Mittelpunkt bedeutet, dass die Politik in Zukunft gemacht werden muss, aber nicht indem man Einzelinteressen bevorzugt, sondern das Allgemeinwohl siegt, und zwar das Allgemeinwohl der einzelnen Bürger dieses Landes, ohne Unterschied von Herkunft, Rasse und Religion. Ich glaube, das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel.

Große Ansätze sehen wir im Programm, im Haushalt selber, indem wir keine Kürzungen bei der Bildung und Ausbildung, bei den Finanzmitteln für soziale Zwecke vorgenommen haben, sondern wir haben die entsprechenden Mittel sogar gesteigert, indem indirekt Steuererleichterungen eingeführt werden, und zwar für Unternehmen als auch für Einzelpersonen, die es dadurch ermöglichen, richtig Sozialpolitik zu machen. Wenn man durch diese Steuererleichterungen soziale Zwecke erfüllen kann, Steuererleichterungen für Unternehmen, wenn sie prekäre Arbeitsverhältnisse in zeitlich unbefristete Arbeitsverhältnisse umwandeln, so glaube ich, dass dies in Südtirol einmalig ist. Solche Steuererleichterungen haben wir in der Vergangenheit gehabt, aber immer nur aufgrund der Finanzmittel, die der Staat zur Verfügung gestellt hat. Dieses Mal stellen wir eigene Finanzmittel zur Verfügung. Ich glaube, es ist der richtige Ansatz, um dem übergeordneten Ziel der Erreichung der Vollbeschäftigung in Südtirol einen Schritt näher zu kommen.

Auch für den Mittelstand und für die Mittelschicht ist angedacht worden, nicht nur die 20.000 Euro Freibetrag bei der regionalen Zusatzsteuer IRPEF vorzusehen, sondern, wie auch schon Kollege Leitner betont hat, mittels Beschluss des Landtages mittelfristig und langfristig diese Zusatzsteuer abzuschaffen. Das ist, glaube ich, der richtige Weg.

Warnen möchte ich hingegen in diesem Zusammenhang davor, dass, wenn der Staat den Leuten mit einem Einkommen bis monatlich 1.500 Euro 80 oder 100 Euro Steuererleichterung gibt, wir diese dann wiederum mit unserem Freibetrag gegenfinanzieren müssen. Das darf es nicht sein. Die beiden Steuererleichterungen müssen kumulierbar sein. Nur so können wir auf die Dauer die Kaufkraft stützen und unseren Versprechungen, dafür zu sorgen, dass wir alle weniger Steuern zahlen, auch effektiv entsprechen.

Interessant wird die Artikeldebatte im Zusammenhang mit der GIS sein. Auch hier sind gute Aufsätze vorhanden, vor allem was die Mittelschicht, die Großfamilien, die Lohnabhängigen, die Senioren und die Familien insgesamt betrifft. Allerdings ersuche ich in diesem Zusammenhang eine Ausgewogenheit, eine soziale Gerechtigkeit bei der GIS herzustellen. Es kann nämlich nicht sein und es darf nicht sein, dass Großfamilien und Senioren benachteiligt werden und dass wir wiederum, wie in der Vergangenheit, starrere Regeln einführen. Wir müssen flexibel nach oben sein und dürfen keine unüberwindbaren Grenzen schaffen. Wir haben gesehen, dass man mit Obergrenzen nicht weit kommt, sondern meistens nur Ungerechtigkeit schafft. Somit bitte ich auch in diesem Bereich um ein bisschen Flexibilität. Ich hoffe, dass es uns gelingen wird, diese einzurechnen.

Besonders freut mich - und es klingt eigenartig, wenn es ein Arbeitnehmervertreter sagt - die neue Entwicklung in der Wirtschaftsförderung. Das Abkommen vom Gießkannenprinzip bis hin zu einer zielorientierten, zielgerichteten Förderung wird von uns sehr befürwortet, denn nur durch eine zielgerichtete Förderung können auch Arbeitsplätze, kann eine wirtschaftliche Entwicklung und eine Zukunft für unseren Wirtschaftsstandort Südtirol geschaffen und weiter entwickelt werden.

Zum Schluss möchte ich noch mein Lieblingsthema – es ist eines meiner Wahlversprechen, das heute schon öfters in den Mund genommen worden ist -, nämlich die Mindestrente ansprechen. Es bedarf dringend einer Einkommenserhöhung für 5.000 Rentner, Senioren, die über 70 Jahre alt, alleinstehend sind und zurzeit mit durchschnittlich 520 Euro im Monat auskommen müssen. Diese Mindestrenten oder diese Einkommen müssen erhöht werden. Ich halte nichts von irrealen Versprechungen, und zwar von Erhöhungen auf 800, 900 oder gar 1.000 Euro, denn dies würde eine Serie von anderen Problemen mit sich bringen, nicht nur die Finanzierbarkeit, sondern – ich vermute es – in Zukunft vermehrt Schwarzarbeit, weil kein Jugendlicher oder kein Arbeitnehmer im mittleren Alter versichert arbeiten würde, weil er sowieso eine Rente von 800, 900 oder 1.000 Euro bekommen würde. Um in Zukunft eine Rente von 800, 900 oder 1.000 Euro beziehen zu können, muss ich 40 Jahre lang sehr viel einzahlen, das heißt, dass ich auf meinem Beitragskonto mindestens 320.000 bis 400.000 Euro haben muss, damit ich diese Beträge einmal als Rente ausbezahlt bekomme. Ich kann mir vorstellen, was passieren würde, wenn ich an all die Frauen denke, die zurzeit einige Stunden in der Woche arbeiten, versichert sind, und an jene

Frauen, die in Teilzeit arbeiten. Diese würden alle vermutlich schwarz arbeiten, weil sie auf diese Beträge in Zukunft gar nicht hinkommen würden. Eine ausgewogene Erhöhung auf 700 Euro wäre angebracht, wobei man allerdings darauf Acht geben muss, dass durch die Erhöhung nicht die Fürsorgeleistung, also die Sozialzuschläge, die der Staat bezahlt, wieder rückgängig gemacht wird und dem Land dadurch mehr Kosten entstehen. Das heißt, dass man die Mindestrenten folglich nicht als Beträge erhöhen kann, sondern eine Möglichkeit finden muss, diese Beträge anderweitig oder andersartig den Betroffenen zufließen zu lassen, sodass sie eine einmalige und keine kontinuierliche Auszahlung pro Jahr sind. Das würde für das Land bedeuten, dass der Staat weiterhin seine 50, 60, 70 oder 80 Euro Sozialzuschlag bezahlen und wir nur mehr die Differenz bezahlen würden. Das würde ungefähr 1,5 Millionen Euro ausmachen, die das Land für die Aufstockung weniger ausgeben müsste. Das Geld ist schon da, das Geld bekommen die Rentner und es gibt leider eine Bestimmung, die besagt, dass bei den Fürsorgeleistungen alle Einkommen, die kontinuierlich und konstant ausgezahlt werden, auch wenn sie nicht auf der Steuererklärung anzugeben sind, mitgezählt werden. Wenn wir jedem und jeder 100 Euro zuschießen würden, dann wäre es eine konstante kontinuierliche Auszahlung und damit würde der Staat seine Fürsorgeleistung wegnehmen und wir müssten entsprechend mehr bezahlen.

Das leidige Thema Politikerrenten. Gestatten Sie mir, dass ich dazu auch noch zwei Worte sage. Obwohl die Politikerrenten eine regionale Angelegenheit sind, ersuche ich trotzdem, dass die Landesregierung bzw. der Landeshauptmann entscheidend dazu beitragen, dass wir auf regionaler Ebene eine ausgewogene und gerechte Lösung für alle betroffenen Parteien finden und nicht, dass wir einfach eine Hau-Ruck-Aktion machen, die niemand zufriedenstellt und vielleicht sogar noch neue Probleme schafft. Mir geht es in Ordnung, wenn es für die neuen Abgeordneten, also für all jene, die ab 1. Jänner 2013 oder in dieser Legislatur das erste Mal gewählt worden sind, keine zusätzliche Rente gibt. Wenn es aber notwendig ist, damit man eine einigermaßen gerechte Lösung auch für die Vergangenheit findet, dann könnte man unter Umständen auch andere Möglichkeiten in Betracht ziehen. Aber, wie gesagt, wichtig ist, dass eine gerechte Lösung für alle herauschaut und nicht nur eine Lösung, die von der öffentlichen Meinung diktiert wird.

Zum Schluss möchte ich einen persönlichen Dank an den Landeshauptmann richten. Ich möchte mich vor allem für seine Sensibilität bedanken, die er in der Aufnahme von sozialen Anliegen in seinem Programm, in der Regierungserklärung, aber auch im Haushalt gezeigt hat. Es ist nicht selbstverständlich, dass ein neuer Landeshauptmann in seiner ersten Regierungserklärung so viel Sensibilität zeigt, dass er mit bestimmter Entschiedenheit und mit einigem Durchsetzungsvermögen versucht, allen gerecht zu werden und vielleicht maßgeblich dazu beitragen kann, dass wir in Südtirol in den nächsten Jahren vielleicht mehr soziale Gerechtigkeit haben als in der Vergangenheit.

Aus diesem Grund werde ich den Landeshaushalt befürworten und meines dazu beitragen, dass die strittigen Punkte zugunsten der Familien und Lohnabhängigen noch ausgebessert werden. Danke!

WURZER (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, wertes Präsidium, liebe Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass dieser Haushalt unter erschwerten Bedingungen zusammengelassen ist. Nachdem ich sowohl aus der Privatwirtschaft als auch aus der Verwaltung komme, werde ich nicht so sehr auf direkte Themen des Haushaltes eingehen, sondern mir erlauben, einige Impulse zu geben, die, denke ich, nicht für den Haushalt für dieses Jahr, sondern vielleicht zukünftig sowohl für die Verwaltung als auch für die Unternehmen und für die Wirtschaft wichtig sind.

Wir wissen alle, dass wir es mit einem Sparhaushalt zu tun haben, und zwar deswegen, weil sehr viele Versprechen aus der Vergangenheit zu erfüllen und für zukünftige Haushalte, für zukünftige Legislaturen angedacht sind. Ich habe dieses System selbst vierzehn Jahre lang erlebt. Ich denke, es ist sicherlich an der Zeit, dass man Änderungen vornimmt, indem man zukünftige Legislaturen für abgegebene Versprechen in der Vergangenheit nicht mehr in die Verantwortung nimmt, sondern generell sagt, dass die Mittel vorhanden sind, die für die effektiv wirtschaftlichen und sozialen Belange und Schwerpunkte unseres Landes eingesetzt werden können.

Wir haben es mit einem technischen Haushalt zu tun, der es bisher erlaubt, nur die berühmten vier Zwölfstel des letzten Haushaltsjahres auszugeben. Insofern ist es sicherlich schwierig, die restlichen unter Anbetracht der Fixausgaben, die zu berücksichtigen sind, in neue Ziele hineinzupacken. Ich denke, dies war sicherlich zuviel des Guten und wäre zuviel an Verlangen für die neue Landesregierung für dieses verbleibende restliche Jahr. In dem Sinne ist es, denke ich, wichtig, dass man sich diese Ziele für zukünftige Politik und für zukünftige Haushalte vornimmt. Ich denke, dass es daher ganz wichtig ist, in den Förderungen, aber auch in den Einsparungen Schwerpunkte zu setzen, denn es sind vor allem Schwerpunkte, die gleichzeitig auch den Verwaltungsaufwand betreffen. Das spart wieder Mittel, das spart Mittel intern und gibt wieder Mittel frei für die Bürger. Das sollte das grundsätzli-

che Ziel sein. Alles, was nach draußen verlagert werden kann, sollte nach Möglichkeit verlagert werden, und alles, was herinnen umgesetzt werden kann, sollte so einfach wie möglich und unter Anwendung aller informationstechnischer Mittel gemacht werden. Ich denke, das muss ein Ziel sein. In diesem Sinne wird es zu Beginn wahrscheinlich mehr Mittel für die Informatisierung brauchen. Man hat dies in der Vergangenheit etwas vernachlässigt, weil der Einsatz in der Informatisierung Einsparungen bei den Umsetzungen in technischen Teilen bringt und das sind wiederum Mittel, die dann für die Wirtschaft frei werden. Das ist, denke ich, möglich, soweit es die notwendigen rechtlichen Rahmen überhaupt erlauben.

Es ist wichtig, dass man die Kompetenzen des Landes, die nicht unbedingt Landeskompetenzen sein müssen - Kollege Köllensperger hat es auch schon angesprochen -, nach außen in die Privatwirtschaft verlagert und nur jene Kompetenzen und Umsetzungen in der Verwaltung bleiben müssen, die aufgrund der Autonomiebestimmungen unbedingt Verwaltungskompetenz brauchen.

Ein ganz ähnliches Thema besteht in der möglichen Gleichsetzung der Körperschaften. Wir haben in den Körperschaften extreme Unterschiede in den Gehaltsstrukturen, wenn wir nur die Landesverwaltung und die Sanitätsbetriebe sehen. Ich denke, gleiche Arbeit auf gleicher Ebene mit gleicher Verantwortung sollte gleich belohnt werden. Auch hier gibt es sicherlich eine Gleichsetzung der Verantwortung und eine Gleichbedeutung. Das setzt sich auch bei den Politikergehältern fort. Ich denke, das ist notwendig.

In den letzten Jahren ist man immer wieder draufgekommen oder es hat sich eingebürgert, dass Schulen gegenseitig mit Mitteln um Schüler werben. Ich denke, Schulen sollten mit Qualitäten werben und sich nicht gegenseitig bekämpfen dahingehend, wer die Schüler zu sich in die Direktion holt. Aufgabe der öffentlichen Schule ist es, den Bildungsauftrag zu erfüllen, die beste Bildung zu garantieren, aber sich nicht gegenseitig mit öffentlichen Mitteln Schüler abzuwerben. Das ist, denke ich, auch nicht im Sinne der Aufgaben von Schulbehörden.

Ich glaube, dass einige öffentliche Körperschaften aufgelöst gehören, und ich denke dabei ganz konkret an die BLS. Wir haben dort zwei Bereiche, einmal die Filmförderung und dann den Bereich der Ansiedlungen. Ich denke, das ließe sich auch anders organisieren. Man kann die Filmförderung auch zur SMG tun und diese hier konzentrieren für den Bereich der Maßnahmen des Marketings für Südtirol, wenn die SMG schon die Aufgabe hat. Für die SMG sind mehr Mittel vorgesehen als im bisherigen Haushalt. Es ist ja eines der wenigen Kapitel, das zugenommen hat. Hier ist es wichtig, dass man durch eine mögliche Zusammenschließung von öffentlichen Körperschaften ... Im Gespräch waren die SMG, die BLS und, mit Vorbehalt, die EOS. Mit Vorbehalt deshalb, weil die EOS eine Struktur der Handelskammer und keine Landesstruktur ist. Hier ist es, glaube ich, ganz wichtig, dass man keine neue Dachorganisation andenkt, sondern eine Verschlinkung der Verwaltung auch in diesem Bereich anpeilt.

Ähnliches gibt es bei der internen Verwaltung. Wir haben im Gesetzentwurf den Vorschlag der Reduzierung der Führungsstruktur der Landesverwaltung mit der Reduzierung der Abteilungen auf 25 und der Ämter auf 160 enthalten. Das war bereits in einem früheren Programm so enthalten. Dies sollte bis 2015 umgesetzt werden. Es ist wichtig, dass die Verwaltung selbst - die Verwaltung braucht Fachleute, denn die laufenden Ausgaben sollen nicht erhöht werden - ihre fachlichen Kompetenzen umsetzt. Das heißt, es braucht intern Fachleute und diese sollten auch im Rahmen von klar definierten Fachkarrieren auch die Möglichkeit haben, zu anderen Gehaltssituationen zu kommen als nur durch die Übernahme eines Amtes oder einer Abteilung wie es bisher der Fall war. Hier muss man insgesamt etwas anderes überlegen.

Bisher hat für das Land eine ganz klare, strategische und nachhaltige Ausrichtung des Haushaltes gefehlt, und zwar in kurzfristige, mittelfristige und langfristige Ziele. Nur wenn eine Maßnahme einem langfristigen Ziel entspricht, kann es legislaturübergreifend umgesetzt werden. Ich glaube, es ist wichtig, dass man nicht nur in Fünfjahresschritten denkt, sondern weiterdenkt, aber durch klare Ziele, durch klare Meilensteine und natürlich durch Ausrichtung des Haushaltes auf diese Ziele, wobei man zwischendurch auf Erfüllung bzw. vielleicht auf Korrektur gehen muss. Bisherige Haushalte - ich spreche diesbezüglich aus eigener Erfahrung - sind oft nur fortgeschrieben worden und waren nicht nach klaren Zielen ausgerichtet. Ich denke, das ist eine Aufgabe, die zukünftig wichtig ist.

Für den ländlichen Raum ist es, denke ich, wichtig, dass man Unternehmen fördert oder auch deren Arbeit erleichtert, welche ganz bewusst im ländlichen Raum Südtirols arbeiten und sozusagen aktive Netzwerkarbeit bieten. Wir müssen in den Tälern draußen vom Motto, dass man nur einen Bereich, ob es nun die Landwirtschaft, der Handel, der Tourismus oder das Handwerk ist, braucht, wegholt, denn wir brauchen alle Bereiche draußen. Es ist ganz wichtig, dass man Unternehmen fördert und unterstützt, die ganz entschieden aktive Netzwerkarbeit voranbringen.

Wir werden uns auch überlegen müssen, ob wir überall und in allen Gemeinden alles haben müssen. Es gibt sehr viele Gemeinden, die heute schon Gewerbestrukturen haben, die teilweise auch nicht ausgenützt sind. Hier ist es notwendig, auch im Sinne dessen, was Kollege Stocker zur Einsparung von Gebieten von landwirtschaftlichen und waldwirtschaftlichen Grün gesagt hat, dass wir wirklich überlegen, welche Strukturen nicht mehr genutzt sind, welche schon vorhanden sind und ob neue Flächen ausgewiesen werden müssen. Haben wir nicht schon viel Arbeit zu tun, auch in bestehenden Situationen, Neues anzudenken, vielleicht Neues umzusetzen, um dadurch sowohl unsere Gründe zu sparen als auch Investitionsmittel vor allem im Bereich der Erschließungen einzubringen, die dort schon vorhanden sind? Hier ist angesagt zu fragen: Gibt es nicht vieles nicht mehr Genutztes, das man zukünftig wieder nutzen könnte?

Dasselbe gilt, was Kollege Renzler gesagt hat, für die Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Ich denke, es gibt keine Bereiche, die so eng zusammenhängen: Gemeinsame Beschlüsse, gemeinsame Ziele und gemeinsames Arbeiten. Und dieser Haushaltsvoranschlag zeigt jetzt auf, dass dieses Ziel aktiv umgesetzt wird.

Ein weiteres Kriterium, das wir auch im Laufe der letzten Monate und vor allem in der Vorwahlzeit gehört haben, ist das leidige Thema Bürokratismus. Jedes Gesetz, jede Bestimmung erfordert neue Kontrollen. Jede Kontrolle muss überprüft werden und bedarf einer Handlung, denn jeder schreit nach Gerechtigkeit dahingehend, warum der andere und nicht ich, denn jedes Mittel der Gerechtigkeit braucht, erfordert wieder Bürokratie. Bei neuen Gesetzen ist es, glaube ich, kein Thema, dass man auf das Standardkostenmodell eingeht, was früher schon einmal angedacht war, aber aus mehreren Gründen nicht umgesetzt wurde, aber wir haben bei den bestehenden Bestimmungen ganz viel zu tun. Diese sind zu durchkämmen. Müssen alle Datums, die darin verlangt werden, auch von der Verwaltung, vom Bürger wirklich verlangt werden? Kann man hier nicht einsparen? Dies würde dem Bürger und auch der Verwaltung die Arbeit erleichtern. Die Verwaltung wird oft zum Buhmann, aber ich denke, die Verwaltung macht eigentlich nur das, was wir jetzt beschließen, was wir ihr vorgeben. Ich denke, es ist unsere Aufgabe, hier Maßnahmen zu setzen und diese Verantwortlichkeiten dort zu belassen, wo sie hingehören.

Man hört immer wieder – hier im Raum gibt es sicher mehr Fachleute als meine Wenigkeit –, dass öffentliche Aufträge viel mehr kosten würden als private. Es ist zu analysieren, ob dies wirklich stimmt und, wenn ja, welche Gründe dafür ausschlaggebend sein könnten. Das betrifft mehr oder weniger alle öffentlichen Arbeiten. Wenn man draußen mit Unternehmen redet, dann wird mit vorgehaltener Hand manchmal gesagt, dass die öffentlichen Aufträge eine bestimmte längere Zeit laufen und mehr kosten müssen, warum auch immer. Ich rege hier nur an, vielleicht etwas genauer zu kontrollieren.

Ich wollte ganz bewusst nicht auf einzelne Funktionsziele eingehen, denn ich denke, dass dies hier nicht notwendig ist. Wir, zumindest unsere Fraktion, haben den Haushalt intern schon genug durchkämmt, genug darüber diskutiert und es ist, denke ich, nicht notwendig. Ich hätte natürlich zu vielen einzelnen Kapiteln einiges zu sagen, aber ich möchte mich nicht unbedingt länger reden hören, um reden zu können. Das ist nicht opportun. Meine Stellungnahme war ganz bewusst auf einige Anregungen in einigen technischen Bereichen ausgerichtet.

Ich danke der Landesregierung für die Vorlage dieses Haushaltsentwurfes. Ich werde ihn befürworten und danke allen fürs Zuhören. Danke!

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Heiss hat das Wort, bitte.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident! Ich habe eine Stunde Redezeit. Das ist keine Drohung und habe auch nicht vor, eine Stunde zu sprechen, aber ich glaube nicht, dass mein Beitrag sich jetzt noch in die verbleibenden knapp 20 Minuten hineinpressen lässt. Ich würde, falls Bedarf besteht, meinen Kolleginnen und Kollegen den Vortritt lassen oder es vorziehen, morgen zu sprechen, wenn das möglich wäre. Wir sind relativ gut unterwegs. Insofern wäre vielleicht ein Schließen der Arbeiten auch eine denkbare Option.

PRÄSIDENT: Sie wissen, dass dies laut Geschäftsordnung möglich ist. Wenn Sie darauf bestehen, Ihre Rede in einem Mal vorzutragen, dann kann man sie auf morgen verschieben. Wenn Kollege Urzì seine Stellungnahme vorziehen möchte, dann ist dies gewährt. Ansonsten würde ich jetzt die Sitzung schließen und morgen um 10 Uhr wieder pünktlich mit der Sitzung beginnen.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sit-



zung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ore 17.43 Uhr

Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:

ARTIOLI (3)

BLAAS (5)

DELLO SBARBA (6)

FOPPA (20)

HEISS (28)

KLOTZ (1)

KNOLL (11)

KÖLLENSPERGER (23)

LEITNER (13)

PÖDER (17)

RENZLER (25)

STOCKER S. (22)

WURZER (26)